

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Unsere Tagung in Bremen

Rob. Dißmann

Über die Verhandlungen des 17. Verbandstages wurden alle Mitglieder durch Nummer 33 und 34 der Metallarbeiter-Zeitung eingehend informiert. Dann erstatteten in diesen Wochen die Verbandstagsdelegierten in zahlreichen Mitgliederversammlungen Bericht. Je reger die Verbandsmitglieder an den Verhandlungen und Beschlüssen unserer Tagung Anteil nehmen, um so besser für die Organisation. Verbandstage sollen wiedergeben die auch in der Mitgliedschaft ringenden Anschauungen und Strömungen, in den Vordergrund stellend die wichtigsten Zeitprobleme, sollen Wege weisen in ihren Beschlüssen, die zum Ausdruck bringen den Willen der Delegierten und der hinter ihnen stehenden Mitglieder im Lande, die sie zu dieser Tagung entsandten. Das ist in Bremen geschehen. Ein demokratisches Wahlrecht, das im Wahlreglement auch einer Minderheit von 10 Prozent und mehr das Recht zur Aufstellung einer Kandidatenliste einräumte, gab den Mitgliedern weitgehende Möglichkeit, für Kollegen als Verbandsdelegierte einzutreten, deren Auffassung sich mit der ihrigen deckte oder ihr nahe stand. In Bremen selbst wurde den sich zur „grundständlichen Opposition“ zählenden Delegierten in allen Kommissionen wie als Rednern auf dem Verbandstage die gleiche Möglichkeit gegeben, ihre Auffassung zu vertreten und zu begründen, wie allen Teilnehmern des Verbandstages.

Im Rückblick auf die letzten Jahre und an Hand reichen Materials konnte der Berichterstatter des Vorstandes nachweisen, was die Organisation in der letzten Geschäftsperiode für ihre Mitglieder getan, was sie erreicht und — siehe Lohn- und Arbeitsbedingungen, Tarifverträge usw. — auch in schwerster Krise und Überwindung größter Schwierigkeiten den Kollegen erhalten. Diesem Teil des Berichtes folgte eine eingehende Behandlung der mit der Krise und Arbeitslosigkeit verbundenen Gewerkschaftsaufgaben, die zu erfüllen unser Verband an erster Stelle mit berufen ist.

Die dem Vorstandsbericht folgende Aussprache gab den Delegierten die Gelegenheit, an der Tätigkeit des Vorstandes Kritik zu üben und ihrerseits Richtlinien für die zukünftige Verbandsarbeit zu geben. Sachliche Kritik und kollegiale Aussprachen sind notwendig. Die sachlichen Darlegungen der Delegierten beanspruchen ernste Beachtung, die gegebenen Anregungen sind zu begrüßen und sollen im Dienste der Bewegung nutzbringende Verwendung finden. Hervorgehoben sei noch die Feststellung, daß die vom Vorstand und der Gesamtorganisation im Interesse der Erwerbslosen ausgeübte Tätigkeit auf dem Verbandstag von keinem Redner beanstandet wurde. Und es wäre nur zu wünschen, daß die Arbeit und die Gesamtleistungen der Organisation auch überall im Lande objektiv gewertet würden.

Die Verhandlungen über den Vorstandsbericht schlossen ab mit der Annahme einer für die kommenden Jahre richtunggebenden

Die besagt:

Entschliebung,

Die deutsche Arbeiterklasse schaut auf harte Jahre zurück. Nachdem sie alle Lasten der Inflation getragen, ging das Unternehmertum nach dem Ruhrkampf Ende 1923 zum gemeinsamen Angriff vor, um den Achtstundentag zu beseitigen und die Rechte der Arbeiter weiter zu schmälern. Verlängerte Arbeitszeit und niedrigere Löhne sollten die deutsche Wirtschaft zur „Gesundung“ bringen. In gleicher Tendenz folgten 1925 neue Steuergesetze und Hochschulzölle zugunsten der Besitzenden. Diese falsche Politik hat die seit Ende 1925 andauernde Wirtschaftskrise erheblich verschärft. Unter ihren Folgen leidet die Arbeiterchaft sehr. Millionen sind arbeitslos, weitere Millionen nur als Kurzarbeiter beschäftigt. Einseitig und oft von brutaler Willkür diktiert, wurden Arbeiter und untere Angestellte in großen Massen entlassen, während bei den bestbezahlten höheren Beamten und Direktoren ein Abbau zumeist unterblieb, obwohl deren hohe Zahl vielfach in keinem Verhältnis zur Belegschaftsziffer steht und in der Nachkriegszeit eine erhebliche, die Produktion verteuernde Steigerung erfuhrt.

Die Unternehmer sind bemüht, alle Unbill der Krise auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, die Verdienste weiter zu drücken und rücksichtslos all die Maßnahmen durchzuführen, die sie mit dem Schlagwort „Rationalisierung“ bezeichnen.

Die freien Gewerkschaften haben sich nie gegen technische Fortschritte gewandt. Die freien Gewerkschaften haben auch im letzten Jahrzehnt immer wieder auf die vielfachen Mängel in der deutschen Wirtschaft hingewiesen, eine bessere Betriebsorganisation und moderne Maschinen zur Erleichterung für die menschlichen Arbeitskräfte, zur Steigerung der Produktivität und zur Erzielung eines höheren Verdienstes bei kürzerer Arbeitszeit für die Arbeitnehmer verlangt.

Aber diese sozialen und im Interesse der Wirtschaft liegenden Forderungen geht das Unternehmertum jedoch glatt hinweg, nur seinen Profit und seine Machtinteressen verfolgend.

Die Klassengegensätze treten immer schärfer hervor. Weniger denn je hat die Arbeiterklasse Ursache, irgendwie die Frage der Arbeitsgemeinschaften erneut aufzuwerfen. Es ist zu begrüßen, daß die Spitzenleitungen der freien Gewerkschaften Deutschlands 1924 ihren Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft vollzogen haben.

Weitgehendste Klassenolidarität aller Hand- und Kopfarbeiter und Arbeiterinnen ist zwingendes Gebot, ebenso unverbrüchliche Solidarität aller noch in Arbeit Stehenden mit den Erwerbslosen wie umgekehrt im gleichen Sinne.

Anerkennend die im Interesse der Krisenopfer gelegenen steten Bemühungen der Verbandsfunktionäre und des Vorstandes fordert der Verbandstag von Regierung und Gesetzgebung:

1. eine ausreichende Unterstützung, die allen arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern für die volle Dauer ihrer Erwerbslosigkeit eine Existenz gewährt;
2. eine Kurzarbeiterunterstützung für jeden ausgefallenen Arbeitstag in Höhe der Sätze, die der einzelne bei Vollerwerbslosigkeit beziehen würde;
3. umfassende Maßnahmen, um der Krise entgegenzuwirken und die Erwerbslosen in Arbeit zu bringen, sowie beschleunigte Durchführung des am 28. Juni d. J. vom Reichstag angenommenen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Der Einführung einer Arbeitslosenversicherung kann nur dann zugestimmt werden, wenn damit eine Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge im allgemeinen erreicht und eine Reduzierung der Unterstützungsbezüge der schlecht entlohnnten Arbeitnehmerkategorien vermieden wird. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen notwendigen Mittel zu einer ausreichenden Unterstützung von Millionen von Erwerbslosen durch Versicherungsbeiträge allein nicht aufgebracht werden können. Reich und Länder haben daher die Pflicht, in solchen Zeiten die hierzu notwendigen Zuschüsse zu leisten.

Eine wirksame Interessenvertretung der werktätigen Volksmassen setzt die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte in einheitlichen Klassenorganisationen voraus. Jeder einzelne muß dahin wirken, daß die Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse zurückgedrängt und allseits in aufrichtigem Einn die proletarische Einigung angestrebt wird. Gemeinsame Klasseninteressen und die Erfüllung sozialistischer Zukunftsaufgaben müssen das Proletariat vereinen.

Die freien Gewerkschaften sollen alle Arbeitnehmer umfassen. International ist die Basis eines einheitlichen Zusammenschlusses der Gewerkschaften in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, für die Metallarbeiterverbände im Internationalen Metallarbeiterbunde gegeben.

Harte Kämpfe stehen uns bevor. Der Achtstundentag muß zurückerobert, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse gebessert, ihre Rechte erweitert werden. Sind wir gewillt, in diesem Ringen alle proletarischen Kampfmittel je nach Lage der Verhältnisse anzuwenden, so müssen wir es doch ablehnen, uns auf eines dieser Kampfmittel festzulegen. Die Abhaltung besonderer Kongresse kann der Verbandstag heute nicht beschließen. Kongresse können nicht Selbstzweck, sondern in bestimmten Situationen nur Mittel zum Zweck sein. Wollen wir den uns gestellten großen Aufgaben gerecht werden, ist die sachliche Mitarbeit aller Kräfte, das kollegiale Zusammenwirken sämtlicher Mitglieder und die Heranziehung der dem Verbands heute noch fernstehenden Metallarbeiter und -arbeiterinnen notwendig. Der Verbandstag fordert die Kollegen und Kolleginnen im Lande auf, in diesem Sinne zu wirken.“

Am dritten Verhandlungstage wurden in zwei großangelegten Referaten die Wirtschaftsprobleme in den Vordergrund gestellt. Die Umwälzungen in der Eisen- und Metallindustrie behandelte Ingenieur Schäfer im besonderen vom technischen Standpunkt aus, während Professor Hirsch bei der Krise Europas und Deutschlands Wirtschaft in erster Linie die wirtschaftspolitischen und sozialen Probleme besprach. Das in Kürze erscheinende Verbandstagsprotokoll gibt auch die beiden Referate wieder. Die Kollegen werden darin wertvolles Material und reiche Anregungen finden. Mit den in Bremen aufgerollten Wirtschaftsfragen müssen sich unsere Kollegen vertraut machen. Die kommenden Monate und Jahre werden uns noch oft Gelegenheit geben, sachdienliche Aussprachen über die Wirtschaftsprobleme zu pflegen, denen unser Verbandstag mit Recht volle Aufmerksamkeit schenkte. Die dazu angenommene

lautet:

Entschliebung

„Zwölf Jahre nach Kriegsausbruch und beinahe acht Jahre nach Kriegsende hat Europa im ganzen etwa 6 Millionen Arbeitslose und weitere Millionen Kurzarbeiter. Das sind etwa 5 vH der industriell und gewerblich tätigen Bevölkerung überhaupt. Diese Zahl erscheint noch dadurch klein, daß in den Ländern sinkender Valuta eine auf Schleuderexport und unwirtschaftlicher Arbeitsverwendung beruhende Scheinkonjunktur herrscht. Während vor dem Weltkrieg der Verbrauch stieg, erreicht der Warenverbrauch Europas heute kaum noch denjenigen vor dem Krieg. Die Herstellungsmöglichkeit überragt die damalige weit. Die gesunkene Kaufkraft Mitteleuropas, die gestiegene Herstellungs- und Exportkraft Amerikas machen die Lage der europäischen Wirtschaft als Ganzes sehr viel schwieriger als sie einst war. Dazu kommt die weittragende Balkanisierung Europas mit etwa 7000 Kilometer neuer Grenzen und mehreren Millionen Menschen, die für die Überwachung dieser Grenzen und zusätzliche Verwaltung neuer Staatengebilde jeder produktiven Arbeit entzogen sind. Die hierdurch schon hervorgerufene Wirtschafts- und Arbeitsschwierigkeit wird durch die Weltkohlenskrise verschärft, die in verringertem Wachsen des Eisenverbrauchs eine große Erschwerung erfährt und in dem noch immer nicht vollendeten Aufbau der Rüstungsindustrien zudem noch eine unproduktive Verwendung für ihre Arbeit findet.

Diese allgemeinen Ursachen der europäischen Arbeitskrise sind in Deutschland noch durch mehrere Umstände verschärft worden. Die Zollpolitik des Jahres 1925 hat zwar der Landwirtschaft kaum einen Nutzen, allen anderen Gewerben aber schwersten Schaden gebracht. Die allzu ängstliche Kapitalpolitik der Banken, die vergessen haben, daß der kapitalistischen Wirtschaft die Übernahme von Risiko stets zur wichtigsten Rechtfertigung ihres Daseins dient, treibt die sich in Deutschland bildenden freien Kapitalien allgesehr aus der Produktion und mehr und mehr in die Spekulation. Eine falsche Steuerpolitik hat den Verbrauch der Massen verkürzt und diese Verkürzung zu teilweise unproduktiven Ausgaben benützt, eine unrichtige Auslandskapitalpolitik hat die möglichen Kreditmittel

des Auslandes in nicht unerheblichem Maße ferngehalten. So ist die deutsche Arbeitskrise über das Maß hinaus, das bei der jetzigen Wirtschaftsform unvermeidlich ist, in vollkommener unnötiger Weise verschärft.

Ungeachtet dieser schweren Notlage sind folgende Gesichtspunkte in erster Linie hervorzuheben:

1. Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung, das seine entscheidenden Anregungen aus dem Programm des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages entnimmt, wird zwar mit einem beträchtlichen Aufwand an Pressenotizen angekündigt, von ernsthaften Anstalten zu seiner Durchführung ist aber noch wenig zu bemerken.
2. Das gilt insbesondere für die Finanzierung großer produktiver Arbeiten. Nur durch geeignete Auslegung von Anleihen kann ein Teil der jetzt spekulativ, zum Teil sogar im Ausland verwendeten Kapitalien in die produktive Verwendung gezogen werden. Das gilt insbesondere auch von der durch den Reichsfinanzminister nach den erwähnten Reichstagsvorschlägen angekündigten Anleihe für den Wohnungsbau. Nur besteht jetzt die große Gefahr, daß die Monate der Geldflüssigkeit ebenso vorübergehen, wie gleichzeitig die Monate der noch möglichen Bauzeit dieses Jahres, ohne daß irgendetwas ernstlicher Schritt getan wird.

Der Verbandstag erhebt die dringliche Forderung an Regierung und Reichstag, so energisch einzugreifen, daß noch während des laufenden Jahres zum mindesten ein Beginn dieser wichtigen Aktion erfolgt.

3. Die viel getadelten Mißbräuche der Banken bestehen fast unverändert fort. Insbesondere hat die Reichsbank noch keinen entscheidenden Schritt getan, um durch die Beeinflussung der Kreditgewährung für die produktive Wirtschaft die übermäßig hohe Zinspanne der Banken abzubauen und die wirtschaftliche Verwendung der freien Kapitalien im Sinne eines Produktivmachens der deutschen Arbeitskraft zu lenken. Die berufensten Vertreter des Kapitalismus veräümen es auf diese Weise, die auch dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Wiederaufnahme freigesetzter Arbeitskräfte zu beschleunigen. Der europäische Kapitalismus scheint nur die Nachteile und nicht mehr die Vorteile des eigenen Systems entwickeln zu wollen.

4. Die jetzige Arbeitskrise zeigt den Widersinn der gegenwärtigen Wirtschaftsweise besonders kraß. Auf der einen Seite weitgehend ungedeckter Bedarf, Not in weiten Volksteilen; auf der andern Seite unbenutzte Arbeitskräfte, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind. Zwischen beiden sind sogar die Kapitalien vorhanden, die Arbeitsangebot und Nachfrage nach Arbeitsprodukt zusammenführen könnten, aber wegen der planlosen Mißleitung dieser Wirtschaft, welcher der Spekulationsgewinn höher steht als das Höchstmaß gesellschaftlich erreichbarer Arbeitsleistung, sind Millionen und aber Millionen arbeitslos und bleibt die Gesamtleistung der europäischen Wirtschaft weiter und weiter zurück. Das führt, wie jetzt auch von hervorragender englischer Seite — offensichtlich widerwillig — ausgeführt wurde, in allen Ländern dazu, die Senkung der Wirtschaft und der Wirtschaftsbetriebe aus der kurzfristigen Fehlleitung des augenblicklichen Gewinninteresses des einzelnen in die Richtung planmäßig gewollter Beeinflussung nach dem höchsten Wirtschaftsertrag für die Gesamtheit. Dann erst wird die Nationalisierung der Wirtschaft eine alsbaldige Besserung der Lebenshaltung bedeuten und ein unverhältnismäßig höheres Sozialprodukt für alle Arbeitenden erreicht werden können. Die gegenwärtige Mißleitung der europäischen Wirtschaft muß zwangsläufig die Erkenntnis bei allen Beteiligten stärken, daß nur dieser Weg zur Beseitigung der Dauerkrise führt, in die Europa durch imperialistische Politik und planlose, kurzfristige Profitwirtschaft hineingeraten ist.

Gegenüber der Machtstellung des Kapitals in Wirtschaft und Politik gibt es darüber hinaus als stärkstes Kampfmittel nur die stärkste Konzentration und Organisation der Arbeiter- und Angestelltenenschaft, verbunden mit planmäßiger Erziehung zum Massenbewußtsein, zur Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge und zu festen, unbeugsamen Charakteren. Wirtschaftskrisen und Wollkatastrophen, davon sind wir fest überzeugt, werden sich erst in einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verringern und vermeiden lassen. Auf dieses Ziel arbeitet die proletarische Bewegung, arbeitet im besonderen auch die freie Gewerkschaftsbewegung hin."

Zum 11. internationalen Metallarbeiterkongreß, der im August 1927 in Paris stattfinden soll, gab Kollege Reichel ein instruktives Referat. Eine

kurze Entschließung bestätigt erneut den vom Kasseler Verbandstag gefaßten Beschluß.

Die dann folgende Beratung des Statuts und die Erledigung einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten hielt die Delegierten bis zum Wochenschluß beisammen. Dann ging es zurück zur heimatischen Stätte, wo schwere Gegenwartsaufgaben nicht nur die ernste, unausgesetzte Arbeit der Delegierten, sondern ebenso die aktive Mitarbeit aller Verbandsmitglieder verlangen. Hart wirkt die Krise auf uns ein und die Gegner versuchen mit allen Mitteln, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Doch das soll, darf und wird ihnen nicht gelingen, wenn jeder Kollege auf dem Posten ist und als klassenbewußter Arbeiter seine Pflicht erfüllt. Mögen für jeden von uns die Worte zutreffen:

Immer offen das Visier, ohne Nackensbeugung.
Unseres Schildes Wappenzier ist die Überzeugung.

Brauchen wir noch Facharbeiter?

Lony Sender

Uns erscheint die gegenwärtig vor sich gehende Veränderung in den Methoden und der Organisation der deutschen Industrie nur deswegen leicht als eine Revolutionierung, weil in der Tat seit Kriegsausbruch eine ungeheure Verlangsamung in dem technischen und organisatorischen Ausbau unserer Produktion eingetreten war. Begünstigt durch die Absperrung, die in fast gleicher Weise Krieg und Inflation mit sich gebracht haben. Nun zwingt die Deflation, in raschem Tempo das Versäumte nachzuholen. Dies Tempo im Gegensatz zum Schneidengang der vorausgegangenen Zeit veranlaßt aber eine Überspannung der Vorstellungen, die an die Wirkung des sogenannten Rationalisierungsprozesses geknüpft werden. Man ist verführt, als nahes Zukunftsbild nur noch den taylorisierten Betrieb zu sehen, den automatisierten Menschen, der lediglich Maschinenteil geworden ist und dessen Geist mehr und mehr abtumpfen muß. Und so werden sich manche Eltern, deren Kinder sich dem Lehrlingsalter nähern, fragen, ob es nicht einer Verschwendung gleichkommt, den Jungen oder auch das Mädchen überhaupt noch einen Beruf in längerer Lehrzeit erlernen zu lassen, da ja doch die Möglichkeit der Bewertung von Fachkenntnissen der Vergangenheit angehört.

Um diese Frage klären zu können, muß man sich zunächst über die Art der zurzeit in der deutschen Industrie erfolgenden Umstellung klar werden. Das beliebt gewordene Schlagwort der Rationalisierung ruft eine solche Unmenge unklarer Vorstellungen hervor, daß es erwünscht ist, daß das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit eine klare Begriffsbestimmung vorgenommen hat, indem es feststellte, daß „Rationalisierung die Anwendung aller Mittel ist, die Technik und planmäßige Ordnung bieten, zur Hebung der Wirtschaftlichkeit und damit zur Steigerung der Gütererzeugung, zu ihrer Verbilligung und auch zu ihrer Verbesserung“. Dabei kann aber diese Rationalisierung nicht rein auf theoretischer Grundlage, das heißt ohne Berücksichtigung der Marktverhältnisse, der Absatzmöglichkeiten im In- wie im Auslande erfolgen. Und das gilt insbesondere für ein Land wie Deutschland, das speziell durch die Veränderungen des Friedensvertrags in sehr

starke Maß auf den Bezug teurer, in ihrem Preise noch durch die Frachtkosten erhöhten Rohstoffe aus dem Ausland angewiesen ist. Es sei damit keineswegs ausgedrückt, daß darum Deutschland überhaupt auf die Massen-, die Serienherstellung verzichten könnte. Wir wollen vor allen Dingen nicht gelten lassen, daß man in Deutschland auf stärkere Berücksichtigung der Sonderwünsche eingestellt sei und etwa auch in Zukunft bleiben müsse, daß ungleich mehr Arten desselben Artikels herzustellen und darum die Durchführung der Typenherstellung nicht in Frage komme. Im Gegenteil wird sich auch die deutsche Wirtschaft in Zukunft den Luxus weitgehendster Beachtung von Spezialwünschen, zuweilen auch eine verschwenderische Berücksichtigung individuellen Geschmacks und Neigung nicht leisten können, sondern muß auch ihrerseits das Prinzip der vereinfachten Massenherstellung gelten lassen und dazu die Abnehmer erziehen.

Doch kann von einer schematischen Übertragung der amerikanischen Praxis darum dennoch keine Rede sein. Vor allen Dingen schon so lange nicht, als durch die Zerrissenheit Europas uns der einheitliche große Markt für die Produktion fehlt. Massenherstellung aber ist nur lohnend bei entsprechendem Massenabsatz. Für alle Produkte ist der in einem kleinen Lande wie Deutschland nicht zu schaffen, so daß schon daran die Rationalisierung ihre engeren Grenzen findet, als in Amerika. Daneben aber ist zu berücksichtigen, daß gerade Deutschland mit seiner Verpflichtung, vom definitiven Damesjahre ab jährlich $2\frac{1}{2}$ Milliarden an die Ententemächte zu übertragen, das heißt also einen ebenso hohen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr zu erzielen, gezwungen ist, die Möglichkeiten zu erspähen, die sich gerade ihm für gesteigerte Absatzchancen auf ausländischen Märkten bieten. So einfach wird sich aber eine Ausfuhrsteigerung nicht erreichen lassen, daß man nur mit anderen Exportländern zu konkurrieren, diesen möglichst viel Märkte für den gleichen Artikel abzufragen sucht. Man wird vielmehr trachten müssen, den Konkurrenten dadurch aus dem Felde zu schlagen, daß man gerade solche Vorzüge anbietet, zu denen uns die besondere Lage unseres Landes zwingt und auch instand setzt. Wenn nun Amerikas Vorzüge in dem ungeheuren Reichtum seines Landes, seiner Bodenschätze und in dem großen einheitlichen Absatzmarkt liegen, so hat das dichtbevölkerte Deutschland im Gegensatz hierzu seinen Reichtum nicht an toten Gütern, sondern in einer geschulten, hochqualifizierten Arbeitskraft. Auf ihr gegründet, werden wir mit bester Aussicht auf Erfolg den Konkurrenzkampf aufnehmen können. Nicht in erster Linie mit Massentwaren — wenngleich diese keineswegs ausgeschlossen sein sollen —, sondern mit den Produkten hochqualifizierter Arbeit werden wir daher einen großen Teil des Weltmarktes für uns erobern können. Dabei nur in Parenthese bemerkt werden soll, daß zur Förderung dieser notwendigen Wirtschaftspolitik freilich eine Handelspolitik gehört, die der Fertigungsindustrie bessere Chancen bietet, als es die bisherige tat. Auch vor diesem Gesichtspunkte gesehen, ist die Bevorzugung der Rohstoffindustrie eine schwere Schädigung unserer gesamtwirtschaftlichen Lage.

Gleichviel, ob man der Ansicht ist, daß die $2\frac{1}{2}$ Milliarden jährliche Domeslast erfüllt werden kann oder nicht — alle müssen wir darin einig sein, daß man auf der Erfüllung im Rahmen des Möglichen bestehen wird und daß dies uns zwingt, erhöhten Absatz unter Zugrundelegung unserer

Besonderen Leistungsfähigkeit zu suchen. Und speziell für die zu einem großen Teil unserer Ausfuhr bestimmte Produktion wird auch in Zukunft die Anwendung hochqualifizierter Arbeitskräfte notwendig sein. Übersehen wir doch nicht, daß man zum Teil in Amerika aus der Not eine Tugend gemacht hat; denn der Mangel an Arbeitskräften überhaupt, insbesondere aber an gelernten Arbeitskräften, hat in dem Lande, in dem sich die Arbeitskraft aus allen Rassen, allen Kulturstufen und dem verschiedenartigsten Bildungsgrad rekrutiert, dazu führen müssen, den ganzen Arbeitsprozeß möglichst zu vereinfachen und darum auf manche, sonst erwünschte Verfeinerung Verzicht zu leisten.

Freilich — ganz verzichten auf gelernte Arbeit kann auch die durchgreifendste Rationalisierung nicht. Und es ist auch eine falsche Vorstellung, wenn viele in Deutschland annehmen, daß der Taylorismus etwa in Amerika allgemeine Arbeitsmethode geworden sei. Vollkommen durchgeführt ist das Taylorsystem in nur sehr wenigen amerikanischen Betrieben, die in der Gesamtheit der Produktion nicht zählen. Eine wichtigere und allgemeiner durchgeführte Einrichtung dagegen ist, neben der vernunftgemäßen Anordnung der Betriebsstätten zu aufeinanderfolgenden Produktionsstufen, die Verwendung des fließenden Bandes. Verbunden mit dem fließenden Band ist eine sehr starke Zerlegung des Arbeitsprozesses, die es ermöglicht, daß die gleichmäßigen verrichtungen in bestimmt berechenbaren, kurzen Zeiträumen ausgeführt und daß auch nicht gelernte Arbeitskräfte zu dieser bestimmten verrichtung verwendet werden können. Daraus die allgemeine Vorstellung, das neue Zeitalter der Rationalisierung sei das des ungelerten Arbeiters. Diese Annahme ist vollkommen irrig.

Gerade die Zerlegung des Arbeitsprozesses hat die Monotonie der Arbeit außerordentlich verschärft und zur Folge gehabt, daß ein sehr häufiger Stellenwechsel vorgenommen werden muß, zum mindesten jedoch ein Wechsel der Tätigkeit innerhalb des Betriebes. Der ungelerte oder angelernte Arbeiter jedoch, der sich vor die Notwendigkeit eines solchen Arbeitswechsels gestellt sieht, wird viel größere Schwierigkeiten haben, alsbald eine entsprechende Arbeitsstelle zu finden, als der gelernte Arbeiter. Auch ist vorauszusetzen, daß selbst beim zerlegten Arbeitsprozeß der Facharbeiter zu einer höheren Leistung befähigt ist, gerade weil er tiefere Kenntnis von der Berufsarbeit hat. Nun ist aber vor kurzem in den Vereinigten Staaten eine Kommission eingesetzt worden, die die unnütze Vergeudung in der Industrie untersuchen sollte. Sie faßte ihre Resultate in einem „Vergeudungsbericht“ zusammen, der interessante Zahlen über die volkswirtschaftlichen Verluste bei industriellen Betrieben Amerikas gibt. Es wurde festgestellt, daß jeder Stellenwechsel beträchtliche Mehrausgaben mit sich bringt. Der Ausschuß errechnete, daß die Anlernung eines unerfahrenen Arbeiters zum Zuschneiden des Oberleders in einem gut geleiteten Betrieb über 600 Dollar kostet, die Anlernung eines halb gelernten Arbeiters 450 Dollar und die Umstellung eines ungelerten Arbeiters an eine neue Stelle 50 Dollar. Die Häufigkeit des Stellenwechsels — 1920 betrug der durchschnittliche Arbeiterwechsel zum Beispiel in der Metallindustrie 160 vH! — kostet somit der Volkswirtschaft riesige Summen. Das mag sich die amerikanische Wirtschaft leisten können — glaubt man etwa auch die deutsche? Es bedarf wohl keiner

längeren Erörterung, um zur Verneinung dieser letzteren Frage zu kommen. So sehen wir bereits von zwei Stellen die Notwendigkeit zur Verwendung gelernter Arbeitskraft kommen: Aus dem Interesse des arbeitenden Menschen selbst, der als Facharbeiter viel leichter sich den aus den Schwankungen der Konjunktur und der Teilarbeit selbst ergebenden Notwendigkeiten zum Stellenwechsel anpassen kann und darum geringeres Risiko für häufige Erwerbslosigkeit läuft. Aber auch aus dem Interesse der Betriebsleitung, die sich wenigstens in Deutschland den Luxus der hohen Kosten der Umlernung bei Stellenwechsel ungelernter oder angelernter Arbeiter nicht leisten kann.

Etwas anderes mag sich indessen aus der Umstellung in der Industrie ergeben: Nicht das Verschwinden des gelernten Arbeiters folgt aus den Veränderungen im Arbeitsprozeß, sondern die Art und Methode der Fachausbildung wird sich ihnen mehr anzupassen haben. Es werden durch die neue Arbeitsmethode die einzelnen Handgriffe künftig weniger dem Belieben des Einzelnen überlassen, sondern mehr systematisiert werden müssen, auch bereits in der Ausbildung. Der Arbeitende hat seine Aufmerksamkeit nicht nur dem direkten Arbeitsprozeß, sondern auch der pfleglichen Behandlung der kostspieligen Maschine zu widmen. Darum soll er nicht nur den Sinn der einzelnen Arbeitsrichtung kennen, sondern möglichst auch eine umfassende Maschinenkenntnis haben.

Diese berufliche Ausbildung aber ist um so mehr notwendig, als ja in keiner Industrie sämtliche Produkte im rationalisierten Großbetrieb mit dem laufenden Band hergestellt werden. Es wird immer noch eine Reihe mittlerer, vielleicht auch kleinerer Betriebe übrig bleiben, in denen der Arbeitsprozeß noch nicht auf die Spitze getriebene Zerlegung erfahren hat. Beides wird in der Berufsausbildung zu berücksichtigen sein. Man wird weniger Wert darauf legen, daß die Ausbildung im handwerklichen Betrieb erfolgt, aber um so mehr die theoretische Schulung und die Ausbildung in industriellen Lehrwerkstätten zu fördern haben, um dem Arbeiter die bestmögliche Ausrüstung für den Lebenskampf zu geben. Denn derjenige Arbeiter, der, weil ungelernt oder angelernt, sich nur auf wenige einfache Einrichtungen versteht, im übrigen aber in keinen Beruf tiefer eingedrungen ist, wird nicht nur in Zeiten der Krise es schwer haben, in anderer Tätigkeit unterzukommen, sondern er wird auch von Arbeitslosigkeit bedroht, wenn nur in seiner ganz speziellen Branche einmal die Konjunktur niedersteigt, Unternehmer in anderen Branchen aber sich die hohen Kosten des An- und Umlernens nicht leisten wollen.

Weiterhin aber wird die moderne Fabrikarbeit viel mehr eine sorgfältige Berufswahl erforderlich machen, um die Arbeitenden an die Stelle zu bringen, für die sie die besten Fähigkeiten mitbringen und die ihnen darum am wenigsten Ermüdung verursachen. Wiederum ist es die größere Monotonie der Arbeit, die mehr dazu zwingt als bisher, die besonderen Neigungen und Veranlagung des Einzelnen zu prüfen und darum die Berufsberatung weiter auszubauen.

Aber nicht nur Unternehmer und Arbeiter, sondern auch die Allgemeinheit hat ein Interesse daran, daß die Berufsausbildung des Proletariats weiter gefördert wird. Und dies im Zusammenhang mit den Methoden und Wirkungen der modernen Arbeitstechnik. Bringt diese doch, was bisher nicht

bestritten wurde, in vielen Fällen einen rascheren, oft vorzeitigen Verbrauch der menschlichen Kraft mit sich; dies aber um so mehr, je länger ein Mensch in die gleiche, eintönige Verrichtung und darum einseitigen Gebrauch bestimmter Organe hineingezwungen wird, ohne die Möglichkeit zu haben, durch einen häufigeren Wechsel der Art der Tätigkeit (womit keineswegs stets Wechsel des Betriebes verbunden sein muß) einen Ausgleich herbeiführen zu können. Vorzeitiger Verbrauch der Arbeitskraft bedeutet für die Allgemeinheit aber starke Belastung durch die Fürsorge für jene Familien, deren Ernährer im Betriebe der modernen Unternehmung vorzeitig seiner Arbeitskraft beraubt wurde. Vielseitigkeit des Könnens und der Ausbildung gibt hiergegen wenigstens einen gewissen Schutz, für dessen Bereitstellung auch der Staat Sorge tragen müßte.

Im übrigen wird auf eine gute Berufsausbildung auch in Amerika großer Wert gelegt und speziell Ford hat verschiedene Einrichtungen zur Heranbildung tüchtiger Facharbeiter getroffen. Was aber in Amerika erwünscht ist, bedeutet für Deutschland unter seinen besonderen Bedingungen eine unerläßliche Notwendigkeit. Auch die rationalisierte Wirtschaft bedarf der Facharbeiter und der tüchtige gelernte Arbeiter wird auch in Zukunft den Existenzkampf mit mehr Aussicht auf Erfolg führen können, als der ungelernte!

■■■

■■■

■■■

Der Londoner Wanderkongress

Eduard Beckerle (Amsterdam)

Die Welt ist zu klein! Das ist der quälende Eindruck, den ein Durchblättern des von dem Sekretär John W. Brown im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem im Juni in London stattgefundenen proletarischen Wanderkongress vorgelegten Berichtes hinterläßt. Wiederholt stoßen wir auf Sätze, die auf eine Überfüllung unseres Lebensraums hinweisen und als Alternative für die Menschheit entweder eine allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung oder aber eine Einschränkung der Bevölkerung durch Stabilisierung der Geburtenziffer aufstellen. So heißt es auf Seite 334: alles deutet darauf hin, daß die Möglichkeiten der Auswanderung nach neuen Ländern immer geringer werden. Die Welt wird immer kleiner. Die günstigen Plätze sind bereits besetzt. Und zwei Seiten weiter lesen wir: Die Überbevölkerung der Erde ist nach Ansicht vieler eine Gefahr, die in nicht allzuferner Zukunft in Erscheinung treten dürfte.

Ist dieser Ausblick zutreffend? Ist es richtig, daß auf der Erde mehr Menschen leben oder in nächster Zukunft leben als sie ernähren kann? Ein überzeugender Nachweis hierfür ist in dem Bericht nicht erbracht und es liegt daher die Vermutung nahe, daß John W. Brown sich in seinen Schlußfolgerungen zu sehr von den Schwierigkeiten hat bestimmen lassen, die gegenwärtig der Freizügigkeit überall gezogen sind. Nicht abzustreiten ist, daß weite Kontinente, die früher große Bevölkerungsteile aufgenommen haben, Schranken gegen die Einwanderung errichtet haben. Nicht zu bestreiten ist ferner, daß die Bevölkerung Europas sich im Laufe eines Jahrhunderts verdreifacht und gleichzeitig so viel Menschen allein an die Vereinigten Staaten von Amerika

abgegeben hat, daß dort dieselbe Bevölkerungsdichte entstanden ist, die im Anfang des vorigen Jahrhunderts Europa auswies. Aber rechtfertigen diese Tatsachen auch nur auf Europa bezogen den Schluß, daß eine Übervölkerung besteht oder daß wir einer solchen in absehbarer Zeit entgegengehen? Sind nicht unsere Produktivkräfte seit der Dienstbarmachung des Dampfes und seit der Einführung der Elektrizität ungleich gewachsen. Befügen wir heute nicht über eine Technik, die aus fargem Boden mehr Frucht herausholt als vielleicht der biblische Garten Eden gab? Hat sich nicht unter unsern Händen das Gesicht der Erde selbst verändert und wogen nicht goldene Aehren, wo einst Heide- und Moorland war? Haben wir nicht Wasser und Wind uns dienstbar gemacht und sind wir nicht auch imstande, die großen Weltwüsten in ertragreiches Land zu verwandeln? Und haben wir nicht jene fleißigen Tiere, die uns einst in Landwirtschaft und Verkehr die getreuen Helfer waren, durch Millionen von Maschinen ersetzt, mit denen wir nicht mehr die Erträgnisse des Bodens teilen müssen, sondern die wir mit Kohle, Öl oder gar nur mit dem Wasser entlocktem elektrischem Strom im Gange halten.

Der Brown'sche Bericht vermeidet ein Eingehen auf diese Fragen und untersucht auch nicht die weiteren, noch vor uns liegenden Möglichkeiten zur künstlichen Erweiterung unseres Nahrungsspielraumes. Er betrachtet die Dinge zu sehr statisch — ausgehend vom Gewordenen und Seienden — nicht dynamisch — unter Berücksichtigung des Werdenen und Zukünftigen. Daher der resignierte Zug, der sich wie ein roter Faden durch die ganzen Betrachtungen Browns hinzieht und daher die fortwährende Betonung der Notwendigkeit, das zahlenmäßige Wachstum der Menschheit zu regulieren und zu stabilisieren. Nur ein einziges Mal wird die Möglichkeit der Entwicklung unserer Produktivkräfte gestreift und da entgleitet dem Verfasser ein Satz, der nicht wenig Erstaunen erregen muß. „Die Produktion“, erklärt Brown, „nimmt jetzt schon ständig zu, jedoch nicht im Verhältnis zur Bevölkerung.“

Ein Zufall gab uns gleichzeitig mit dem Brown'schen Wanderungsbericht die Schrift eines andern Engländer's in die Hand, der nicht in der Arbeiterbewegung steht, aber offenbar sehr viel Einblick in die Dinge hat. Das Schriftchen* enthält eine äußerst anregende Betrachtung über die Mechanisierung der Produktion und zeigt mit dem Brown'schen Bericht eine frappierende Übereinstimmung hinsichtlich des pessimistischen Zuges. Aber dieser andere Engländer leitet seinen Pessimismus aus einem ganz andern Standpunkt ab als Brown. Nicht die Furcht kummert ihn, daß das Produktionsvermögen hinter der Bevölkerungszunahme zurückbleiben könnte, sondern umgekehrt die Tatsache, daß die Entwicklung unseres Produktionsapparates dem Bevölkerungswachstum bzw. den Absatzmöglichkeiten vorausgeeilt ist. So lesen wir da beispielsweise:

„Der bereits in der Welt vorhandene Produktionsapparat ist so groß, daß bei vollständiger Ausnützung während eines Jahres die Produkte nicht zu einem Erlös verkauft werden könnten, der hinreichend ist, um die Lohnkosten zu decken; von den Materialkosten, Verwaltungsspesen und dem Profit ganz zu schweigen. Die Märkte wären mit Waren überfüllt. Die Produzenten wären ruiniert.“

Und an einer andern Stelle wird das Problem unserer Zeit wie folgt

* Ouroboros, or the mechanical extension of mankind. Von Garet Garrett.

formuliert: „Wie zu produzieren, ist kein Problem mehr. Das Problem ist: Wie die zunehmende Produktion verkaufen?“

Wir meinen, daß dieser Pessimismus besser begründet ist als der unseres Amsterdamer Genossen. Wie anders wäre auch die uns heute so erschütternde Erscheinung der Vielmillionenarmee Arbeitsloser zu begreifen, wenn wir tatsächlich daran krankten, daß unser Produktionsvermögen hinter der Bevölkerungszunahme zurückgeblieben ist? Wo wäre der Unternehmer, der seinen Schornstein nicht gerne rauchen ließe, wenn sich ihm für die Produkte Absatzmärkte bieten würden? Nicht an einem Mangel an Produktionsvermögen leiden wir, sondern an einem Mangel an Absatzvermögen, und zwar trifft diese Erscheinung gleichertweise für Erzeugnisse der Industrie als für Erzeugnisse der Landwirtschaft zu. Wie diese Diskrepanz entstanden ist, die dazu geführt hat, daß heute und wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit viele Millionen vergeblich nach einem Käufer suchen für das, was ihr einziges Besitztum ist, die Arbeitskraft, ist eine andere Frage, die ihre Erklärung nicht so sehr in der Tatsache der allgemeinen Ausweitung unseres Produktionsapparates als in der Art, wie diese Ausweitung zustande gekommen ist, findet: der Tatsache nämlich, daß der „eiserne Mann“ fortwährend lebende Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß verdrängt und dadurch den Anteil der Arbeiterschaft an dem Gesamtprodukt zugunsten des Anteils des Kapitals vermindert.

Der Londoner Kongress, der gemeinsam vom Internationalen Gewerkschaftsbund und von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale einberufen war, hat den Irrtum Browns, ohne daß er es besonders aussprach, richtiggestellt. Wir können dies aus dem Text der angenommenen Resolutionen schließen, zu denen einleitend gesagt wird:

„Die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist auf eine stark steigende Zunahme der Produktivkräfte gerichtet, die sich auswirkt in einem Rückgang der Zahl von Arbeitskräften, um ein bestimmtes Quantum von Gebrauchsgütern zu erzeugen.“

Mit dieser Steigerung der Produktion hat die Erweiterung des Absatzmarktes nicht gleichen Schritt gehalten. Die Folge ist ein Überfluß von Arbeitskräften, eine Arbeitslosigkeit im erschreckenden Ausmaß, die insbesondere in Europa, das unter den Nachwirkungen des Krieges schwer zu leiden hat, auch ehemals hochentwickelte Industrie-staaten getroffen hat.“

Die Resolutionen selbst beschränken sich darauf, für die Erleichterung der Auswanderung und den Schutz der Auswanderer gewisse Forderungen aufzustellen. So wird die allgemeine Errichtung von staatlichen Wanderungsämtern sowie eines internationalen Wanderungsamtes im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes „ebenfalls mit angemessener Vertretung der Gewerkschaften“ und das Verbieten jeder Auswanderungspropaganda seitens privater Transportgesellschaften sowie die Abschaffung aller privaten Wanderungsagenturen verlangt. Eine andere Forderung besteht in der Gewährung gleicher Rechte für die Eingewanderten bezüglich der Löhne und Arbeitsverhältnisse wie für die Eingewanderten und in der Abschaffung der Gebühren für Pässe und Visa für Emigranten in den Aus-, Durch- und Einwanderungsländern.

Den Arbeiterorganisationen wurde empfohlen, für die Gewährung allseitig gleicher Behandlung auf allen Gebieten der in dem Einwanderungs-

lande gesetzlich eingeführten Sozialversicherungen an die Einwanderer einzutreten, Anordnungen zu treffen für die sofortige und reibungslose Überführung der einwandernden Arbeiter von den Organisationen der Herkunftsländer in die kompetenten Verbände des Einwanderungslandes und die Organisierung der einwandernden Arbeiter in den Gewerkschaften durch Entfaltung von Propaganda zu fördern.

Es wäre indessen verfehlt, wollte man den Wert des Kongresses nach dem in den Resolutionen niedergelegten Ergebnis allein bewerten. Dieser Kongreß gewann vielmehr eine besondere Bedeutung, weil er nicht im Rahmen der beiden Internationalen von Amsterdam und Zürich gehalten wurde, sondern darüber hinaus Gewerkschaften der Übersee umspannte. Allerdings hatten von diesen nur **Kanada, Mexiko, Indien** und **Australien** der Einladung entsprochen, aber schon deren Anwesenheit genügte, um das Wanderungsproblem in seinem ganzen Umfang und nicht nur von der Seite des Europäers aufzurollen. Mit andern Worten: Auch der Standpunkt der Gewerkschaften jener Länder kam zur Geltung, für die das Wanderungsproblem weniger ein Problem der Auswanderung als ein Problem der Einwanderung ist und die ängstlich darauf bedacht sind, Zuzug im größeren Umfange fernzuhalten, um ein Steigen des Angebots auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Im Falle Australiens wird dieses Problem noch verschärft durch die offen auch von Arbeiterseite verkündete Absicht, ihren Erdteil als Besiedlungsgebiet für Weiße zu monopolisieren, während auf der andern Seite der Vertreter des starke Menschenüberschüsse aufweisenden Indiens ebenso wie sämtliche europäische Delegierte für das Prinzip der Freizügigkeit ohne Unterschied der Rasse und Farbe eintrat. Gerade über diesen Punkt konnte aber mit den sonstigen überseeischen Vertretern keine Übereinstimmung erzielt werden, weshalb der Kongreß von einem Beschluß Abstand nahm und sich Befürworter und Gegner der Freizügigkeit auf die Abgabe entsprechender Erklärungen beschränkten.

So unbefriedigend der Gesamteindruck der Kongreßergebnisse nun auch ist: er hat eine brennende Frage in internationaler Umfassung aufgerollt und die Schwierigkeit, eine einheitliche Lösung zu finden, dargetan. Schon diese Erkenntnis kann einen Erfolg darstellen, wenn sie für die verantwortlichen Instanzen der beiden Internationalen und der ihnen angeschlossenen Organisationen Veranlassung ist, sich in das Problem zu vertiefen und dessen internationale Verflechtung nachdrücklicher als bisher aufzuzeigen. Denn darüber besteht kein Zweifel: mit der Errichtung von Barrieren gegen Einwanderer sichern die Gewerkschaften der Übersee den erreichten Lebensstandard der Arbeiterschaft nicht. Sie mögen erfolgreich sein in der Fernhaltung des Imports von Arbeitskraft, aber es wird schwieriger sein, sich gegen den Import von Waren abzuschließen, und vollends als unmöglich wird sich erweisen, zu verhindern — wir denken hier vornehmlich an die Vereinigten Staaten, deren Gewerkschaften ebenfalls Befürworter der Einwanderungsbeschränkung sind —, daß Kapital des eigenen Landes abströmt und die billigere Arbeitskraft des Auslandes in bewußte Konkurrenz mit der einheimischen setzt.

Die Industrialisierung Italiens und die Wirtschaftskrise

Dr. Judith Grünfeld (Zena)

Auf der italienischen Währung liegen zunächst ganz wie auf derjenigen Frankreichs zwei Hauptlasten: die **Verschuldung** an England und Amerika und die **latente Inflation**, die sich in der Steigerung des Schatzwechsellumlaufes auswirkt. Aber die Lage Italiens ist doch viel leichter als diejenige Frankreichs. Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre muß Italien an England und die Vereinigten Staaten zusammen an Zinsen etwa 25 Millionen Dollar, also zirka 127 Millionen Goldlire bezahlen, während Frankreich bei ungefähr gleicher Bevölkerung des Mutterlandes fast dreimal so viel an dieselben Staaten zahlen muß. Man muß natürlich den Unterschied im Volkseinkommen der beiden Länder berücksichtigen. Frankreich ist viel reicher als Italien, aber dieser Unterschied wiegt bei weitem die größere französische Verschuldung nicht auf. — Auch der **Schatzwechsellumlauf**, der ja nichts anderes als eine versteckte Inflation darstellt, ist in Italien viel geringer als in Frankreich. Am 30. Dezember 1925 hat der Schatzwechsellumlauf in Frankreich 45 735 Millionen Franken, in Italien 18 307 Millionen Lire betragen. Wie man sieht, sind diese beiden Quellen der Währungszerrüttung, nämlich die Auslandsschuld und die versteckte Inflation, in Italien viel weniger drückend als in Frankreich. Auch das **Budgetdefizit** spielt für die italienische Währung keine entscheidende Rolle. Es mag ja den offiziellen faschistischen Angaben gegenüber das größte Mißtrauen angebracht sein und zweifellos sind die Budgetziffern des italienischen Finanzministers Grafen **Bolpi** mit der größten Vorsicht zu genießen — man muß doch zugeben, daß der letzte Haushaltungsvoranschlag — äußerlich wenigstens — einen Überschuf zeigt und daß für die ersten 11 Monate des letzten Finanzjahres (das am 30. Juni ablief) ein Einnahmeüberschuf im Betrage von 811,8 Millionen Lire zu verzeichnen war. Es scheint ja, daß dieser letzte Überschuf dadurch zustande gekommen ist, daß man die Tilgung der auswärtigen Schulden aus dem ordentlichen Haushalt ausgeschieden und sie einer besonderen Amortisationskasse zugewiesen hat. Aber mag auch tatsächlich ein Defizit vorhanden sein, es ist auf alle Fälle nicht sehr groß und es kann vor allem nicht als die Ursache der italienischen Währungskrise angesehen werden. Im Laufe des letzten Jahres ist es gelungen, den Fall der italienischen Lire einigermaßen aufzuhalten. Die italienische Währung weist im Vergleich zu ihren Schwesterwährungen, dem französischen und belgischen Franken, eine geringere Entwertung auf, was man aus folgender Zusammenstellung ersehen kann:

Kurs des englischen Pfundes gegenüber den lateinischen Währungen

	24. August 1925	6. August 1926	13. August 1926
Frankreich	104	160	177
Belgien	108	169	179
Italien	134	144	147

Man sieht, die italienische Währung hat sich im Laufe des letzten Jahres kaum um 10 Prozent entwertet, während die beiden anderen Währungen durchschnittlich etwa um 70 Prozent gefallen sind.

Die tiefste Ursache der italienischen Währungskrise liegt weder in dem Staatshaushalte noch in der auswärtigen Verschuldung des Staates, sondern in der Unsicherheit ihrer Zahlungsbilanz. Der auswärtige Handel Italiens weist eine passive Bilanz auf: in den ersten vier Monaten 1926 betragen diese Passivität 3761,1 Millionen Lire betragen. Im Jahre 1925 hat diese Passivität 1650 Millionen Goldlire, im Jahre 1924 1150 Millionen Goldlire und im Jahre 1923 1450 Millionen Goldlire betragen. Die Passivität der Handelsbilanz schwankt also durchschnittlich in den letzten Jahren etwa um 1450 Millionen Goldlire herum. Sie wird auch im laufenden Jahre kaum weniger als diesen Betrag ausmachen. Diese Passivität der Handelsbilanz muß also zunächst irgendwie gedeckt werden. Dafür kommen ebenso wie in der Vorkriegszeit, wo übrigens die Passivität der Handelsbilanz bis auf 1800 Millionen Goldlire kam, hauptsächlich zwei Posten in Betracht: die Geldsendungen der Auswanderer und die Reiseausgaben der Touristen. Diese beiden Posten machten vor dem Kriege durchschnittlich zusammen etwa 820 Millionen Lire aus. Der Rest wurde durch die Frachteinahmen der italienischen Schifffahrt gedeckt. Für die Nachkriegszeit stehen uns keine genauen Ziffern zur Verfügung. Man schätzte für 1922 die Geldsendungen der Auswanderer auf 800 und die Reiseausgaben der Touristen auf 600 Millionen Goldlire, zusammen also auf 1400 Millionen Goldlire. Dadurch würde also die Passivität der Handelsbilanz gedeckt. Die Einnahmen aus der Schifffahrt sind in der Nachkriegszeit sehr gefallen und können keinen bedeutenden Betrag ausmachen. Die Hauptschwierigkeit der italienischen Zahlungsbilanz besteht aber in einer großen auswärtigen Verschuldung der italienischen Privatwirtschaft. Die ausländischen Kapitalisten haben bei den italienischen Banken jederzeit liquidierbare bedeutende Guthaben, teilweise in Form von Depositen, teilweise aber in italienischen Schatzwechseln. Diese „schwebende Auslandsverschuldung“ stellt den größten Unsicherheitsfaktor in der italienischen Währungssituation dar. Abgesehen davon, daß hier bedeutende Zinszahlungen an das Ausland in Betracht kommen, werden diese Kapitalien selbst häufig liquidiert, indem dabei natürlich der Vikurs herabgedrückt wird. Die italienische Währungskrise ist aber nur ein äußerer Ausdruck für die tiefe Wirtschaftskrise, die Italien gegenwärtig durchmacht. Es ist leicht möglich, daß das faschistische Regime die Stabilisierung der Lira durchführt. Die heutige Regierung steht aber ganz ratlos einer wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber, die zum großen Teil künstlich durch sie selbst großgezogen wird. Diese wirtschaftliche Entwicklung läßt sich auf folgenden Gegensatz zurückführen: starke Industrialisierung — schwache innere Kapitalbildung. Italien macht in der Nachkriegszeit ähnlich wie Frankreich einen gewaltigen Industrialisierungsprozeß durch. Hier einige Zahlen, die das beweisen mögen. Die Stahlproduktion hat im Jahre 1924 118 000 Tonnen betragen, im Jahre 1925 153 000 Tonnen; also mehr als je im letzten Jahrzehnt durchschnittlich produziert worden ist. Die gewaltige Entwicklung der Schwerindustrie zieht eine kolossale Steigerung der Einfuhr von Schrott nach sich: im Jahre 1924 sind 542 000 Tonnen Schrott eingeführt worden, im Jahre 1925 958 000 Tonnen. Ganz bedeutende Ausmaße hat in der Nachkriegszeit die italienische Automobilindustrie angenommen, die gegenwärtig auch auf den auswärtigen Märkten mit den ersten Automobilindustrien der Welt kon-

kurrieren kann: im Jahre 1924 sind 19 000 Automobile ausgeführt worden, im Jahre 1925 bereits 29 000 Automobile. Auch die **Textilindustrie** Italiens weist einen gewaltigen Fortschritt auf. Italien, das noch Ende des vorigen Jahrhunderts Textilwaren, insbesondere aus England in beträchtlichem Maße eingeführt hatte, ist in der Nachkriegszeit zu einem **großen Exporteur** der Textilwaren geworden. Im Jahre 1925 hat Italien 737 000 Doppelzentner Baumwollwaren ausgeführt, während es nur 48 000 Doppelzentner eingeführt hat. Im Jahre 1908 hat die entsprechende Ausfuhr nur 302 000 Doppelzentner betragen, die Einfuhr 57 000 Doppelzentner. Eine der modernsten Industrien, die **Kunstseideindustrie**, hat in Italien eine kolossale Entwicklung erfahren: Italien hat im Jahre 1925 13,5 Millionen Kilogramm Kunstseide produziert, also etwa ein Sechstel der gesamten Weltproduktion. Etwa sieben Zehntel dieser Produktion entfallen auf die bekannte „Società Snia Viscosa“, welche ein Kapital von 1 Milliarde Lire hat und 25 000 Arbeiter beschäftigt. Das ist nur ein Beispiel der gewaltigen industriellen Entwicklung Italiens und der Konzentration des italienischen Kapitals. Die Ausfuhr der Kunstseide, die im Jahre 1923 1,8 Millionen Kilogramm betragen hat, ist im Jahre 1925 auf 7,9 Millionen Kilogramm gestiegen, also um mehr als viermal. Die Industrialisierung Italiens zeigt sich auch in der gewaltigen Entwicklung der **elektrischen Kraftzeugung**. Der Energieverbrauch ist von 2410 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1914 auf 7600 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1925 gestiegen, wobei von dieser Energie lediglich $8\frac{1}{2}$ Prozent auf die Beleuchtung entfallen. In der italienischen Elektroindustrie ist gegenwärtig ein Kapital von 6700 Millionen Lire investiert.

Das ist nur ein Ausschnitt aus der Geschichte der industriellen Entwicklung Italiens in den letzten Jahren. Es fragt sich nun, woher dieses kapitalarme Land, das vor dem Kriege noch einen vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter getragen hat, die gewaltigen Kapitalmassen, die für eine solche Entwicklung notwendig sind, hernimmt. Der Zufluß des ausländischen Kapitals nach Italien spielt hier natürlich eine bedeutende Rolle, aber in der Hauptsache findet hier eine gewaltige Vermögensverschiebung innerhalb der italienischen Wirtschaft selbst statt. Der faschistische Staat steigert nur in kolossalen Ausmaßen jene Entwicklung, die Italien in der Kriegszeit und in der Nachkriegsperiode durchgemacht hat. Die Wirtschaftspolitik des Faschismus geht darauf hinaus, die durch die Inflation enteigneten Mittelschichten noch weiter zu enteignen. Der finanzielle Apparat des faschistischen Staates wirkt als eine kolossale Pumpe, die mit Hilfe der Steuern bedeutende Werte aus den Taschen des Mittelstandes in die Kassen des Großkapitals verschiebt. Die Industrialisierung Italiens, seine aggressive auswärtige Politik soll auf der Niederdrückung des auch ohnedies niedrigen Lebensstandards der breiten Massen aufgebaut werden. Das und nichts anderes bedeutet die „**Ersparnispolitik**“ des Faschismus. In derselben Richtung bewegt sich auch die faschistische „**Sozialpolitik**“. Die Arbeitszeit wird verlängert, der reale Lohn niedergedrückt. Vor allem aber soll die Arbeit im gewaltigen Maße intensiviert werden. Welche Ausmaße diese Intensivierung der Arbeit annimmt, kann man aus der neuesten Statistik der Produktivitätssteigerung der **italienischen Staatseisenbahnen** ersehen. Jede Million durchgelaufener Achsen-

Kilometer erforderte im Jahre 1913/14 die Arbeit von 38,7 Eisenbahnangestellten, im Jahre 1920/21 die Arbeit von 64,3 Eisenbahnangestellten und im Jahre 1924/25 von 35,3 Eisenbahnangestellten. Dieselbe Entwicklung findet jetzt in fast allen anderen Zweigen der Großindustrie statt. Das soziale Gesicht des Faschismus zeichnet sich immer deutlicher heraus: der Faschismus, sozial genommen, ist nichts anderes als eine kolossale Offensive des Großkapitals gegen das Proletariat und den Mittelstand. Die Ironie der Geschichte will, daß dieser Feldzug, der zum großen Teil auch gegen die Interessen des enteigneten Mittelstandes gerichtet ist, mit seiner Unterstützung durchgeführt wird.

...

Der Kampf um den Weltmarkt nach dem Kriege

Julian Vorchardt (Berlin)

Der wirtschaftliche Sinn und Zweck des Weltkrieges war — wie an dieser Stelle wiederholt nachgewiesen — der Kampf um den Weltmarkt. Nicht, daß der Spielraum für Warenabsatz und Kapitalanlage in kolonialen Gebieten (d. h. der Spielraum für die Expansion des Kapitals) schon an und für sich zu eng gewesen sei. War ja doch der Warenaustausch der großkapitalistischen Staaten untereinander um ein vielfaches größer als ihr Handel mit den Kolonien. Aber instinktiv fühlten die Leiter eines jeden großkapitalistischen Staates, die Industriellen so gut wie die Diplomaten, daß hier der Lebensnerv dessen hing, was sie allein als Wirtschaftsblüte und Existenzmöglichkeit ihrer Nation anzusehen vermögen: den ungestörten, stets wachsenden und gewinnbringenden kapitalistischen Betrieb. Deshalb wachten sie mit Eifersucht über jeden Fortschritt, den ein anderer, ein Rivale oder Konkurrent auf dem Weltmarkt machte, deshalb steckten sie die Nase oder vielmehr die gepanzerte Faust in jeden noch so unbedeutenden Konflikt, der irgendwo auf dem weiten Erdenrund vorfiel, und erzeugten dadurch jene politische Spannung, die an zwei Jahrzehnte lang die internationale Atmosphäre vergiftete und sich schließlich im Weltkrieg entlud.

In frischem Gedächtnis sind die grauenhaften Opfer, die der Weltkrieg über uns alle gebracht hat. Hat er wenigstens seinen Zweck erreicht? Hat er die Atmosphäre gereinigt? Hat er dem Kapital der Großstaaten den Spielraum verschafft, den es zu seiner Expansion braucht? Oder geht der Kampf um den Weltmarkt weiter? Es ist wohl nicht nötig, die Wichtigkeit dieser Frage noch lange auszumalen. Mit Spannung müssen wir jedes Symptom beobachten, das zu deren Beantwortung beiträgt.

Im 1. Heft seiner neuen Zeitschrift gibt das Berliner „Institut für Konjunkturforschung“ eine Zusammenstellung der Zahlen über Umfang, Veränderung und Verteilung des Welthandels in den Jahren 1913, 1924 und 1925. Versuchen wir zu ermitteln, was sich daraus über diese wichtige Frage erkennen läßt.

Zusammengestellt und auf die Preise von 1913 in Milliarden Mark umgerechnet sind die Ergebnisse des Außenhandels von 16 Staaten, darunter 11 europäische und 5 in anderen Kontinenten. Leider kommen die anderen Kontinente etwas schlecht dabei weg. Afrika und Australien fehlen ganz, von Asien sind nur Japan und Britisch-Indien angeführt, von Amerika nur die U. S., Kanada und Brasilien. Es ist also namentlich von den Kolonien und

halbkolonialen Staaten nur eine kleine Auswahl, die hier geboten wird. Auf der andern Seite finden sich neben den großen Handelsstaaten auch solche Länder wie Osterreich, Ungarn, Schweden usw., die im Welthandel nur sehr wenig ins Gewicht fallen. Das Ergebnis sämtlicher 16 Staaten betrug:

	Einfuhr	Ausfuhr
1913	65,3	59,7 Milliarden Mark
1924	58	53,6 " "
1925	62,1	56,8 " "

Sie standen also 1924 noch ziemlich weit hinter dem Außenhandel der Vorkriegszeit zurück, haben ihn aber 1925 so weit zu steigern vermocht, daß sie in Einfuhr wie Ausfuhr jetzt rund 95 vH der Mengen von 1913 erreicht haben. Das bestätigt unsere wiederholt geäußerte Schlußfolgerung, daß der Kapitalismus in sieben bis acht langen Jahren seit dem Friedensschluß noch nicht einmal imstande gewesen ist, das Wirtschaftsleben auf die vor dem Krieg erreichte Höhe zu heben, geschweige denn darüber hinaus zu akkumulieren. Zumal infolge der vielen durch den Versailler Frieden geschaffenen neuen Staaten heute viele Verkäufe als Außenhandel zählen, die früher Binnenhandel waren.

Indessen, worauf es uns heute ankommt, ist die Frage, wie sich jene Totalsummen auf die verschiedenen Staaten verteilen und wie demnach jeder einzelne von ihnen sich auf dem Weltmarkt behauptet, vordringt oder zurückweicht. In erster Linie ist dafür die **Ausfuhr** entscheidend, auf die wir unsere Aufmerksamkeit vornehmlich lenken wollen. Ohne jedoch zu vergessen, daß die Ausfuhr mit der Einfuhr **organisch** zusammenhängt, eine durch die andere bedingt wird, so daß nur unter Einbeziehung der Einfuhr der Sachverhalt völlig verstanden werden kann.

Bei den 4 Großstaaten, die vor dem Kriege zusammen $\frac{2}{3}$ des Weltmarkts versorgten, betrug die Ausfuhr:

	1913	1924	1925
Großbritannien	13	11,5	11,9 Milliarden Mark*
Deutschland	10,1	4,8	5,6 " "
Frankreich	5,6	6	5,7 " "
U. S.	10,4	12,7	18 " "
Zusammen	39,1	34,5	36,2 Milliarden Mark
Alle 16 Staaten	59,7	53,6	56,8 " "

Die Summe der 4 Großstaaten bewegt sich anders als die Totalsumme aller 16 hier einberechneten Länder (die wir im folgenden kurz als „Welt“ bezeichnen wollen). Die gesamte Weltausfuhr stand 1924 auf 89,8 vH und 1925 auf 95,2 vH von 1913; die Summe der 4 Großstaaten nur auf 88,2 und 92,6 vH. Schon hieran sehen wir, daß ihr Anteil an der Weltausfuhr abgenommen hat. In der Tat, berechnen wir (nach den oben angegebenen Summen) die Verhältniszahlen, so ergibt sich, daß den 4 Großstaaten zufließen:

	1913	1924	1925
	65,6 vH	64,6 vH	63,6 vH

der Weltausfuhr. Die Abnahme ist ja nur gering, aber sie dauert an, und es zeigt sich auch hier wieder, daß das Wachstum der amerikanischen Aus-

* Preise von 1913.

fuhr — nur dort ist sie überhaupt gewachsen — nicht ausreicht, um die Abnahme der übrigen kapitalistischen Großstaaten auszugleichen.

Nach mehr. Auch wenn man die kleineren kapitalistischen Staaten aus der obigen Liste hinzunimmt, bleibt es doch bei der fortgesetzten Verminderung ihres gemeinsamen Anteils an der Weltausfuhr. Das sieht dann so aus:

	1913	1924	1925	
4 Großstaaten	89,1	84,5	86,2	Milliarden Mark*
Belgien	2,9	1,8	1,8	" "
Holland	3,5	1,8	1,9	" "
Italien	2	1,7	1,9	" "
Japan	1,3	2,1	2	" "
Zusammen	48,8	41,9	43,8	Milliarden Mark
d. i. von der Weltausfuhr	81,8 vH	78,2 vH	77,1 vH	

Trotz einer geringen Zunahme von 1924 auf 1925 ist der Gesamtmarkt, den diese kapitalistischen Staaten auf dem Weltabsatzmarkt einnehmen, kleiner geworden. Die anderen, die kolonialen und halbkolonialen Länder haben sich stärker ausgedehnt. Das zeigt sich schon, obwohl wir nur für 3 von ihnen die Zahlen haben. Es betrug die **Ausfuhr** von:

	1913	1924	1925	
Brasilien	1,3	1,2	1,3	Milliarden Mark*
Britisch Indien	8,4	8,3	8,8	" "
Kanada	1,8	2,9	3,4	" "
Zusammen	6,5	7,4	8,5	Milliarden Mark
d. i. von der Weltausfuhr	10,9 vH	18,7 vH	14,8 vH	

Selbstverständlich darf man das Resultat nicht unterschätzen. Es sind nur 3 Staaten; unter ihnen hat Brasilien (etwa ebenso wie Frankreich und Italien) nur eben die Höhe von 1913 gehalten, bei Indien ist die Steigerung gering und nur bei Kanada ist sie beträchtlich (was wir jedoch auf der andern Seite annähernd ebenso bei Japan finden). Wir können hiernach noch nicht wissen, wie es in den vielen anderen Kolonien und Halbkolonien aussieht. Außerdem kommt ja sehr viel darauf an, wohin die Ausfuhr all dieser Länder gegangen ist und aus was für Waren sie bestanden hat, worüber zusammenfassende Aufstellungen noch nicht gemacht worden sind. Aber gleichwohl ist der Unterschied so frappant, daß es unmöglich ist, ihn zu übersehen: der Anteil der nichtkapitalistischen Länder an der Weltausfuhr ist gewachsen, der der kapitalistischen Staaten ist weiter zusammengeschrumpft. Die Verengerung des Spielraums, den die kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkt finden — so groß dieser Spielraum noch sein mag — setzt sich fort.

Unter solchen Umständen versteht es sich von selbst, daß auch der Kampf um den Weltmarkt zwischen ihnen, und natürlich in erster Reihe zwischen den Großstaaten andauert. Ungeachtet aller Verheerungen, die er anrichtete, hat also der Weltkrieg seinen eigentlichen Zweck nicht erfüllt und neue Verwicklungen gleicher Art schlummern in der Zukunft Schoße.

Betrachtet man die Ziffern der einzelnen kapitalistischen Staaten, so erlebt man eine neue Überraschung. Schon die oben angegebenen Quantitäten zeigen von 1924 auf 1925 eine **beträchtliche** Zunahme nur für Deutschland. Verglichen mit 1913 ist die deutsche Ausfuhr (1924 und 1925) von 42,7 vH auf 55,1 vH gewachsen. Sehr viel kleiner ist ihr Wachstum in Eng-

* Preise von 1913.

land (von 88,6 vH auf 91,3 vH), in den U. S. (von 122 auf 124,8 vH) und in Belgien (von 61,9 auf 63 vH). Auch in Holland (von 50,8 auf 55,5 vH) und sogar in Italien (von 84,8 auf 94,8 vH) erreicht es nicht den gleichen Umfang wie in Deutschland. Mit anderen Worten: in den letzten beiden Jahren ist Deutschland am schnellsten auf dem Weltmarkt vorgeedrungen!

Dies bestätigt sich, wenn wir den Anteil jedes einzelnen der obigen acht kapitalistischen Staaten* an der Gesamtausfuhr der 16 Staaten ausrechnen.

Er betrug:

	1913	1924	1925
Großbritannien	21,9 vH	21,6 vH	20,9 vH
Deutschland	17 "	8 "	9,8 "
Frankreich	9,3 "	11,2 "	10 "
U. S.	17,5 "	23,8 "	22,9 "
<hr/>			
4 Großstaaten zusammen	66,6 vH	64,6 vH	63,6 vH
Belgien	4,8 "	3,3 "	3,2 "
Holland	5,8 "	3,3 "	3,4 "
Italien	3,4 "	3,2 "	3,4 "
Japan	2,2 "	3,8 "	3,5 "
<hr/>			
Aus 8 Staaten zusammen	81,8 vH	78,2 vH	77,1 vH

Während — wie bereits dargelegt — der Gesamtanteil der 8 kapitalistischen Staaten an der Weltausfuhr andauernd sinkt, ist der Anteil Deutschlands 1925 nicht unbeträchtlich gewachsen. Italien und Holland haben ebenfalls etwas Raum gewonnen, aber nur wenig. Alle übrigen kapitalistischen Staaten, darunter nicht nur England, sondern auch die U. S., sehen ihren Anteil zusammenschrumpfen! Dabei haben die U. S. allerdings den Trost, daß ihr Anteil auch so immer noch viel größer ist als vor dem Kriege. Dasselbe gilt außerdem nur noch für Japan. Frankreich übertrifft den Vorkriegsstand jetzt nur noch wenig, Italien gar nicht, während England, Belgien und Holland tiefer als 1913 stehen.

Die wichtigste Tatsache aus all diesen Vorgängen ist also, daß Deutschland, obgleich es den Weltkrieg verloren hat — weit entfernt, vom Weltmarkt verdrängt zu sein — gegenwärtig auf ihm sogar schnellere Fortschritte macht als irgend ein anderes Land. Man darf gespannt sein, wie sich diese Dinge 1926 weiter entwickeln werden.

Die Rettung des Kapitalismus durch kollektivistische Medizin

Tony Sender

Es ist stets ein bedenkliches Zeichen für eine herrschende Ordnung gewesen, wenn ihren eigenen Freunden mehr und mehr Zweifel über ihre Berechtigung, ihre Wirksamkeit aufstiegen. Darin liegt der untrügliche Beweis für ihre innere Zersetzung. Einst mußte die neu gewordene kapitalistische Ordnung der großen Mehrheit des Volkes als eine überlegenere, gerechtere erscheinen, darum fand das Bürgertum in seinen Revolutionen die Hilfe der anderen, gegen den Feudalismus gerichteten Volksschichten.

* Von den Angaben des IFR habe ich diejenigen für Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn als gar zu gering fortgelassen. Ihre Ausfuhr betrug 1925 insgesamt nur 4,1 Milliarden.

So wenig der ungeheure Fortschritt des neuen Wirtschaftssystems gegenüber demjenigen, das er verdrängte, zu leugnen ist, ebenso wenig kann man heute mehr achlos daran vorübergehen, daß es die Verheißungen der Verwirklichung größerer Gerechtigkeit nicht zu erfüllen vermochte. So ist aus diesem moralischen und sozialen Unbefriedigtsein eine Quelle der Opposition geworden. Eine andere Quelle aber erstand aus der Beobachtung und den Erfahrungen der Praxis des wirtschaftlichen Funktionierens. Ein wachsender Kreis von Menschen hat nicht mehr die Überzeugung, daß dieses Wirtschaftssystem den besten Gebrauch mit den vorhandenen Kräften macht, daß es geeignet wäre, dem Individuum das Optimum an Lebensbefriedigung zu gewähren, ja daß es seine eigenen Ideale bestmöglicher Bereicherung für den Kreis der Ausgewählten auf die Dauer werde erfüllen können. Europa ist ein gutes, offenes Lehrfeld. Das Heimatland des Kapitalismus windet sich seit langen Jahren in einer schweren Krisis, ein Land nach dem andern wird davon ergriffen, es wird mit rein kapitalistischen Mitteln verarztet und doch kann die Krankheit nicht überwunden werden. Die Gefahren, die Planlosigkeit und Willkür des Einzelnen mit sich bringen, die offenbare Falschorganisation wird an manchen Stellen zu sehr offenbar. Und mit den alten Philosophien und Lehrsätzen lassen sich solch offenkundige Mängel nicht länger mehr verdecken.

Das mußte zu einem Mißbehagen auch im Lager der nachdenklicheren bürgerlichen Nationalökonomie führen, dem vor kurzem der bekannte englische Nationalökonom Professor Keynes in einem Vortrag* an der Berliner Universität Ausdruck gegeben hat. Professor Keynes gibt zunächst einen längeren historischen Rückblick über die Entstehung der Idee des „laissez-faire“, die Vereinigung von Kirche, philosophischer und ökonomischer Wissenschaft, die er unter teilweiser Benutzung der Worte des Erzbischofs Whately (in einem Leitfaden zum Unterricht junger Leute) dahin erläutert:

„Die wahre Freiheit besteht darin, daß jedermann frei über sein Eigentum, seine Zeit, seine Kraft und seine Fähigkeiten verfügen kann, und zwar auf die Art, die ihm richtig dünkt, vorausgesetzt, daß er seinen Nachbarn damit nicht schadet.“

Wertvoll sind Professor Keynes Nachweise, wie der ganze öffentliche Apparat einschließlich der christlichen Kirche in den Dienst der Idee der Freiheit der Selbstbereicherung gestellt wurde, wie dieses Dogma den ganzen Erziehungsapparat erobern konnte und schließlich zu einer wahren Religion der Nationalökonomie geworden ist. Und das Dogma wurde von der orthodoxen Nationalökonomie sorglich gehütet. Als ersten Vorstoß bezeichnet Prof. Keynes eine Antrittsvorlesung über „Nationalökonomie und das „laissez-faire“, die Prof. Cairnes an der Londoner Universität vor einem halben Jahrhundert hielt und in der dieser wörtlich sagte:

„Die herrschende Ansicht geht dahin, die Nationalökonomie habe nachgewiesen, daß Reichtum am schnellsten angesammelt und am gerechtesten verteilt wird, das heißt, daß das Allgemeinwohl der Menschheit am besten gefördert wird, wenn man die Menschen einfach sich selbst überläßt; wenn man also die Menschen dem Trieb ihres Egoismus folgen läßt, ohne sie durch Staat oder öffentliche Meinung zu beschränken, solange sie sich der Gewalt und des Betruges enthalten.“

Wobei wir allerdings hinzufügen müssen, daß man in diesem Zusammen-

* J. M. Keynes: Das Ende des laissez-faire. (Duncker & Humblot, München)

hang die Worte Gewalt und Betrug im grob strafrechtlichen, nicht aber im gesellschaftlichen Sinne aufzufassen hat.

Zwei Voraussetzungen liegen nach Keynes dem Prinzip des *laissez-faire*, der Basis der kapitalistischen Wirtschaft zugrunde: Erstens die Annahme von Verhältnissen, unter denen die ungehinderte natürliche Auslese einen Fortschritt erzeugt und zweitens die Freigabe unbeschränkter Möglichkeiten privaten Geldverdienens als Reizmittel zu höchster Anstrengung. Es wird somit die Liebe zum Gelde zum wichtigsten Stimulanten für alle wirtschaftliche Betätigung gemacht.

Reicht aber dieser Stimulant aus, um allen Komplikationen von organisch zusammenwirkenden Faktoren zu begegnen? Das einzelne, wirtschaftlich tätige Individuum weiß im allgemeinen herzlich wenig darum, daß auch die Wirtschaft etwas organisch Gewordenes ist und von dem Stadium an, da sie zu einem feinverästelten, sehr komplizierten Organismus wurde, auch durch die größte Geschicklichkeit des Individuums allein nicht mehr übersehen, nicht mehr bewältigt werden kann. Dazu gehört Relation von Produktion zur Konsumtion, Anpassungen an veränderte Kaufkraft, außerordentliche Veränderungen der Generalunkosten, Erfordernis außergewöhnlich großer Kapitalien zur Umstellung, die lange Zeit erfordert usw. Und so zerstiebt in diesem Stadium der Entwicklung die metaphysische Erklärung des *laissez-faire*, wonach jedes Individuum die natürliche Freiheit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit besitzt. „Die Welt wird von oben her nicht so regiert, daß private und allgemeine Interessen immer zusammenfallen . . . Aus den Prinzipien der Rationalökonomie folgt nicht, daß der aufgeklärte Egoismus immer zum allgemeinen Besten wirkt“ — zu diesen Schlussfolgerungen kommt Keynes in seiner Analyse des *laissez-faire*. Das bedeutet aber praktisch: Er verzweifelt an dem Grundsatz, der die kapitalistische Ordnung regiert. Was jedoch setzt er an seine Stelle? Eine neue Ordnung, die verhindert, daß der aufgeklärte Egoismus gegen das allgemeine Beste wirken kann, der die Folgerungen aus seiner Erkenntnis zieht, wie abwegig es ist, den Darwinismus auf das ökonomische Gebiet übertragen zu wollen und die vor allem von der Tatsache ausgeht, daß „die Vorgänge von Produktion und Konsumtion etwas Organisches“ sind, daß eine genügende Voraussicht der Verhältnisse und Bedürfnisse notwendig ist? Nach dem energischen Anlauf muß man enttäuscht sein über das dürftige Resultat. Keynes lehnt den Sozialismus ab und bezeichnet ihn als ein Beispiel der Gedankenarmut, der Unfähigkeit, einen Vorgang zu analysieren und bis in seine letzten Konsequenzen zu verfolgen. Er begreift nicht, „daß eine so unlogische und langweilige Lehre einen so mächtigen und dauernden Einfluß auf den Geist der Menschen und durch ihn auf den Gang der Geschichte auszuüben vermochte“. Uns aber muß scheinen, daß Herr Prof. Keynes nicht nur die Wirkung des marxistischen Sozialismus, sondern diesen selbst nicht begriffen hat. Denn wie anders vermöchte man es sich sonst erklären, daß er, der mit so scharfen Worten die Gedankenarmut und Unfähigkeit zur Analyse, ja sogar die Unlogik des Sozialismus geißelt, selbst doch keinen anderen Ausweg vorzuschlagen weiß, als eine Verquickung des von ihm in einer interessanten Analyse ad absurdum geführten Prinzips des *laissez-faire* mit einem schwachen Ausschnitt aus der unlogischen und

langweiligen Lehre des Sozialismus. Wenn aber beide nichts wert sind, wie kann da aus der Addition von Unvernünftigem etwas Vernünftiges herauskommen? Denn folgendes ist Prof. Keynes praktischer Vorschlag:

„Ich glaube, daß die ideale Größe für die Organisations- und Kontrolleinheit irgendwo zwischen dem Individuum und dem modernen Staat liegt. Daher glaube ich, daß der Fortschritt in der Richtung der Entwicklung und der Anerkennung halb autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates liegt; Körperschaften, die in ihrem Wirkungsbereich nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln, so wie sie es auffassen, und aus deren Erwägungen Motive privaten Vorteils völlig ausscheiden — wobei man ihnen allerdings in mancher Hinsicht, solange der menschliche Altruismus nicht gewachsen ist, für ihre Gruppe, Klasse oder Fakultät gewisse Vorteile belassen muß —, Körperschaften, die unter normalen Umständen innerhalb bestimmter Grenzen größtenteils autonom sind, aber letzten Endes der Souveränität der Demokratie, die sich im Parlament verkörpert, unterstehen.“

Kein Wort jedoch darüber, wie sich Keynes die Durchführung einer solchen Förderativorganisation der Wirtschaft denkt, auf welchen Besitz- und Verteilungsgrundsätzen sie aufgebaut sein soll. Oder haben wir es als solche Erläuterung seiner Gedanken aufzufassen, wenn er im Anschluß hieran darauf verweist, wie eine Reihe von Aktiengesellschaften schon die Tendenz hätten, „sich selbst zu sozialisieren!“ Was aber Professor Keynes unter seinem Begriff der „Sozialisierung“ versteht, das erläutert er dahin, daß bei einer Anzahl von Aktiengesellschaften, wie beispielsweise bei den großen Eisenbahnunternehmungen, das unmittelbare persönliche Interesse der Verwaltung an großen Profiten eine sekundäre Bedeutung bekomme, die Verwaltung lege größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne. Er verweist dann auf das Beispiel der Bank von England, deren Aktionäre kaum mehr Rechte als die der Annahme angemessener Dividenden hätten; das gleiche aber gelte für viele andere große Unternehmungen. „Mit der Zeit beginnen sie sich selbst zu sozialisieren.“

Das also versteht Herr Professor Keynes unter Sozialismus! Stärkere Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung, anstelle einer zu starken Erhöhung der Dividende legt man mehr Wert auf die innere Festigung. Als hielte sich diese Praxis nicht ganz streng im Rahmen der kapitalistischen Grundsätze, als bedeute es etwas anderes als die Verfolgung des privaten Gewinninteresses, wenn man klug genug ist, scheinbar Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen, tatsächlich aber nur an die Stelle überhöhter Dividende die innere Festigung des Unternehmens, was in der wirtschaftlichen Praxis nichts anderes heißt, als den Hauptgewinn in die Kurssteigerung der Aktien zu verlegen, die ein etwas komplizierter Vorgang und darum der Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit mehr entzogen ist.

Wenn Keynes den doktrinären Staatssozialismus, so wie er ihn auffaßt, ablehnt, so geht seine Forderung nach einer „Halbsozialisierung“ für solche Unternehmungen, die viel fixes Kapital gebrauchen. Er will den halbautonomen Körperschaften den Vorzug geben vor den Organen der Zentralregierung, die der unmittelbaren Verantwortlichkeit der Minister unterstehen. Damit aber spricht Prof. Keynes nur in verschleierte, unklare Weise einen Gedanken aus, den der Sozialismus ihm schon vorgedacht hat. Denn man wird doch nicht behaupten wollen, daß der Sozialismus nur für jeden Industriezweig eine große Zentralorganisation lenne, die direkt in

Ihren einzelnen Handlungen der Staatsgewalt unterstellt sei und die jedes Selbstverwaltungsrecht ausschließe. Das mag ein Bild vom Sozialismus sein, wie es die Gegner zu ihren Zwecken ausmalen — mit den Vorstellungen und Zielen der Träger des sozialistischen Gedankens hat es indessen nichts zu tun. Schon der von der sozialistischen Welt geförderte Gedanke der wirtschaftlichen Räteorganisation legt zutage, daß man innerhalb der sozialistischen Bewegung bereits an die Art praktischer Durchführung des Gedankens der Autonomie in der Wirtschaft denkt. Mit dem grundsätzlichen Unterschied freilich zur Autonomie von Herrn Professor Keynes, daß für uns die Idee der Autonomie, logisch zu Ende gedacht, auch zur Aufhebung der Besitzprivilegien führen muß, über die sich Herr Prof. Keynes vollkommen ausschweigt. Alle diese Grundfragen läßt er im Dunkeln. Er will neben die erwähnte Autonomie als Heilmittel nur noch stellen

„die wohlüberlegte Kontrolle der Währungs- und Kreditfragen durch eine zentrale Einrichtung, zum Teil in der Sammlung und weitesten Bekanntmachung geschäftlicher Statistiken, einschließlich der vollen Publizität aller wissenswerten geschäftlichen Tatsachen, die, wenn nötig, gesetzlich erzwungen werden müßten.“

Damit will Keynes aber nur „die geistige Führung bei inneren Komplikationen der Privatwirtschaft“ übernehmen, während die private Initiative unangetastet bleiben soll.

Das gleiche gilt für seinen zweiten Vorschlag, der eine gemeinsame Entscheidung über den Umfang des Sparens und der Anlage der Ersparnisse im Ausland sowie über die produktivste Art der Verwendung der Ersparnisse herbeiführen will.

Prof. Keynes sieht ein — ganz darf man diese Entscheidungen nicht der privaten Initiative überlassen, das führt zu Schaden für die Volkswirtschaft. Doch kann er sich auch nicht entschließen, sie dieser schädlichen Initiative ganz zu entziehen. Das aber muß zu einem solch widerspruchsvollen System führen, daß es als Halbheit von beiden Fronten abgelehnt werden muß. Das System von Keynes will die Uebel der kapitalistischen Wirtschaft fort dauern, die private Initiative mit ihrem privaten Egoismus sich weiter voll entfalten, das Eingreifen der Allgemeinheit aber erst dann Platz greifen lassen, wenn bereits „innere Komplikationen“ aufgetreten sind. Ein Arzt somit, der nie den Eiter tief in der Wunde völlig ausschneidet, sondern jeweils nur an den auftretenden Komplikationen zu lindern versucht.

So wird Herr Prof. Keynes nur zum Ausdruck des Unbehagens, der Unzufriedenheit, das langsam auch die wissenschaftliche Welt ob der Wirkung der herrschenden Wirtschaftsgrundsätze erfaßt hat. Zugleich aber legt er öffentlich Zeugnis ab für die Unklarheit, die heute noch das Denken und Fühlen dieser Kreise beherrscht und die sie zu ebenso unklaren Lösungen wie derjenigen des Herrn Prof. Keynes kommen läßt, der die morsche kapitalistische Ordnung mit etwas frischen kollektivistischen Gedanken galvanisieren möchte. Diese chemische Verbindung aber wird sich nicht herstellen lassen, weil beide Stoffe auseinanderstreben und niemals ein einheitliches Ganzes zu bilden vermögen.

Und dennoch bleibt die Äußerung des englischen Nationalökonomen von Bedeutung: sie ist eines der bedeutsamen Zeichen dafür, daß ein System verurteilt ist, an dem seine eigenen Vertreter mit der Sonde des Zweifels zu bohren beginnen.

Der Charakter der Krise

F. Petrich (Gera)

Am Schluß des ersten Wirtschaftshalbjahres 1926 treten die charakteristischen Eigentümlichkeiten der Krise stärker denn je in die Erscheinung: Rationalisierung, Konzentration, Gesundung des Kapitalismus auf der einen, chronische Massenarbeitslosigkeit auf der andern Seite. Trotz aller amtlichen Zahlentunstüchchen, ungeachtet der zahlreichen publizistischen Beschwörungen ist die Zahl der Kurzarbeiter und Erwerbslosen in nennenswertem Maße nicht zurückgegangen; die Verminderung um einige Tausend von Woche zu Woche fällt bei einer Arbeitslosenzahl, die seit vielen Monaten um 2 Millionen tendiert, kaum ins Gewicht. Einzelne Industrien haben in jüngster Zeit eine geringe Belebung erfahren: die Schwerindustrie unter der langen Dauer des britischen Kohlengräberstreiks (Kohlenförderung, Eisen- und Stahlerzeugung) entwickeln sich neuerdings günstig, aber diese Besserung wird kaum von Dauer sein. Ferner die Textilindustrie, deren Aufträge und Beschäftigungsziffern besonders in der Wollbranche zunehmen. Demgegenüber stehen aber andere Wirtschaftszweige, die weiterhin hoffnungslos daniederliegen, vor allem die gesamte eisenverarbeitende Industrie, innerhalb der die Maschinenindustrie nach wie vor außerordentlich stark leidet. Die Schwerindustrie hat die Früchte der Rationalisierung, verbilligte Produktion, für sich allein zu monopolisieren verstanden. Nach den Mitteilungen des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten hat sich die Lage für die Maschinenindustrie sogar noch weiterhin beträchtlich verschlechtert. Bezeichnend ist, daß der Eisenverbrauch von 1,19 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1925 auf 0,67 Millionen Tonnen im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1926 gesunken ist; er beträgt nur noch 56 Prozent der Menge des ersten Halbjahres 1925. Dagegen konnte die Ausfuhr von Eisen bedeutend gesteigert werden, von 1,6 Millionen Tonnen auf 2,5 Millionen Tonnen. Die Steigerung der Ausfuhr ist nicht zuletzt ermöglicht worden durch Schleuderpreise, die wieder vollauf ausgeglichen werden durch übersteigerte Inlandspreise, die jetzt gegen alle Widerstände gesichert sind. Eine solche Preis- und Wirtschaftspolitik, die planmäßig auf die Ausbeutung und Lähmung des inneren Marktes hinzielt, kann nicht krisenerleichternd und krisenüberwindend wirken. Angesichts dieser skandalösen Vorgänge muß immer wieder auf die zwingende Notwendigkeit der inneren Marktstärkung hingewiesen werden, besonders dann, wenn man sich vergegenwärtigt, wieviele Industrien in ihrem Geschäftsgang durch den Eisen- und Stahlpreis nachhaltig beeinflusst werden. Die Ausfuhrsteigerung für Stahl und Eisen ist teuer erkauft, solange sie auf Kosten des inneren Marktes erfolgt. Sie rächt sich fortgesetzt, insofern wir uns einem festgefahrenen Krisenzustand von ungeheuerlichem Ausmaß gegenüber befinden.

In diesem Zusammenhang muß erneut nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß jede Industrie, jedes Unternehmen krampfhaft bemüht ist, die Vorteile der Rationalisierung für sich allein nutzbar zu machen. Diese engstirnige Methode führt unvermeidlich zu Verschärfung und Verlängerung der Krise. Die Forderung, den heute schon beträchtlichen Rationalisierungseffekt der gesamten Volkswirtschaft zuzuleiten, wird immer entschiedener auch von

einsichtiger bürgerlicher Seite erhoben; so schreibt Felix Pinner im „Berliner Tageblatt“ vom 14. August:

„Das, was wir verlangen, ist die Balance zwischen der technischen und der finanziellen Kalkulation. Das, was wir weiter verlangen, ist Weitergabe der Rationalisierungsergebnisse auf die Abnehmerindustrien und schließlich ihre Auswirkung auf das allgemeine Preisniveau. Denn nur so können die Opfer, die jeder Rationalisierungsprozess von den Arbeitnehmern, von dem Staat und anderen Bevölkerungsschichten zunächst fordert, durch die produktive Wirkung der Konsumsteigerung ausgeglichen und in zusätzliche Vorteile umgewandelt werden.“

Das ist es in der Tat, worauf es ankommt. Was aber müssen wir von Monat zu Monat erleben? Die Kartellpreise stehen unerschütterlich fest oder sie steigen noch (siehe Kalipreis!) trotz arbeitsparender Maschinen und massenhafter Verminderung der Arbeiterzahl.

Der außergewöhnliche Nutzen dieser Preis- und Wirtschaftspolitik kommt für das Kapital zum Ausdruck in der wesentlich erhöhten Profitrate, die benutzt wird zu zügellosen Börsenspekulationen und zu horizontalen Konzentrationsbewegungen, deren Schnelligkeit und Umfang selbst die vertikalen Konzentrationen der schwindelhaften Inflationszeit übertrifft. Und das ist die andere Seite der Medaille, die einer Betrachtung wert ist.

In diesen Tagen ist von einer Handelszeitung das Wort vom „Goldrausch“ gefallen. Bezeichnend ist, daß, während im ersten Halbjahr 1926 der Eisenverbrauch zurückging, die Aktienemissionen außerordentlich stiegen. Diese Tatsache läßt schon allgemein auf neu erworbenes Kapital in größerem Umfang, das akkumuliert wird, schließen. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man die jüngsten großen Konzentrationen und Kapitalserhöhungen der Industriekonzerne ins Auge faßt: die Gründung des Stahltrusts mit seinem Riesenskapital, die Kapitalerhöhung des Farbentrusts um eine halbe Milliarde Mark, die Kapitalerhöhungen der Dresdener und der Deutschen Bank, ein neuer Metallkonzern mit „Hirschkupfer“ und „Mansfeld“ als Kern ist im Entstehen begriffen und gleichzeitig ist das Werden eines neuen Elektrotrusts im Gange. Für derartige Transaktionen in ihrer Gesamtheit sind Milliarden flüssigen Kapitals notwendig, die durch äußere und innere Anleihen aufgebracht werden. Es mehren sich die Zeichen, daß der innere Geldmarkt mehr und mehr in Anspruch genommen wird. Das Vorgehen der Deutschen Bank, die ihre vor Jahren im Auslande untergebrachten Aktien wieder in deutschen Besitz überführte, ist typisch für das Erstarken des deutschen Kapitalmarktes. Das alles geschieht inmitten der schwersten Wirtschaftsdpression. Möglich ist es nur durch die rücksichtslose wirtschaftliche Klassenpolitik, die das Kapital auf der ganzen Linie treibt. Die Rationalisierung, die in wichtigen Industrien, wie zum Beispiel im Kohlenbergbau, schon in gesteigerten Profit umgesetzt ist, sowie die fortgesetzte innere Preisdiktatur, an der bisher keine Kartellgesetzgebung etwas zu ändern vermochte, geben dem Kapital die Mittel für die schnelle Verwirklichung seiner weitgesteckten Ziele in die Hand. Eine vorwärtstreibende Rolle spielen dabei die Großbanken, deren wachsende Kapitalmacht für viele Unternehmungen unter den noch immer herrschenden Kreditverhältnissen den Ausschlag gibt: Entweder Untergang oder Anschluß an die größere Gruppe; der Anschluß ist in solchen Fällen immer der rettende Ausweg. So erleben wir es fast täglich, daß Einzelunternehmungen von Gruppen mit Hilfe des Bankkapitals aufgejogen werden.

Dieser Konzentrationsprozeß spielt sich heute in großer Vielgestaltigkeit ab. Der durchgängige Grundzug ist aber für alle der: das deutsche Kapital schafft sich eine neue ökonomische Basis, auf der es, erneuert, verjüngt und erstartet, seine Existenz in alle Ewigkeit zu führen gedenkt. Der „Goldrausch“ findet seine Ergänzung in dem „deutschen Amerikanismus“, der nicht nur Deutschland, sondern Europa wirtschaftlich retten soll. Das internationale Eisenkartell, dessen Ratifikation im September so gut wie sicher ist, ist die erste Frucht dieser kontinentaleuropäischen Wirtschaftspolitik, vorwiegend der deutschen Schwerindustrie. Man baut von unten auf breitester Grundlage und strebt umfassenden nationalen und internationalen Machtverförperungen zu. Die Verheerungen des Weltkrieges und der Inflation, die weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen sollen wieder wettgemacht werden. Und für den Augenblick und für kapitalistische Zwecke sind die technischen und finanziellen Neuschöpfungen stolze Gebilde. Aber wir haben auf diesem Gebiet lehrreiche Erfahrungen: der Krieg hat durch alle kapitalistischen Konstruktionen ebenso einen dicken Strich gezogen wie die Inflation. Und die Lösung, die jetzt gefunden wurde, ist abermals wahrhaft kapitalistisch: Sie hat in erster Linie nicht Marktorganisation und gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung zum Ziel, sondern die unumschränkte Preisdiktatur, den höchstmöglichen Profit. An diesem Punkte ist deshalb auch die geschichtliche Vergänglichkeit des sehr selbstbewußt auftretenden Neukapitalismus klar zu erkennen.

Welche Anläufe der Kapitalismus auch macht, welche Auswege aus katastrophalen Situationen er auch sucht und findet: Sein historisches Schicksal ist und bleibt, daß er mit jedem Schritt vorwärts seinem Ende näher kommt. Die neueste kapitalistische Wirtschaftspolitik steigert die ökonomischen und gesellschaftlichen Gegensätze in noch nicht dagewesener Weise: Rationalisierung, Konzentration, Goldrausch in einem Augenblick, in dem Millionen Erwerbslose und Kurzarbeiter einem völlig ungewissen Schicksal ausgeliefert sind. Ein solcher Zustand ist für längere Zeit schlechterdings unerträglich. Das ist nicht etwa eine fixe Idee sozialistischer „Dogmatiker“, es ist das millionenfache Bewußtsein der proletarischen Klasse. Mit der zunehmenden Reife des Kapitalismus wächst die Reife der Arbeiterklasse. Es ist die Aufgabe der proletarischen Organisationen, den Massen mit mehr Aktivität als bisher den widerspruchsvollen Sinn dieser Krise begreiflich zu machen. Dieser ökonomische Widerspruch ist aber nicht etwa nur eine vorübergehende Erscheinung. Auch nach dem Aufhören der akuten Wirtschaftskrise wird er bleiben und sich weiter steigern. Dieser Tatbestand darf nicht nur eine Quelle sozialer Not sein. Er muß immer wieder der Ausgangspunkt sein für die Machtsteigerung der proletarischen Klasse. Der Verschärfung der Klassengegensätze muß die Verschärfung der Klassenkämpfe folgen — dem Kapitalismus der Sozialismus.

Dividendenpolitik.

Fritz König (Stuttgart)

Es ist bei Betrachtung der Konjunkturlage schon des öfteren auf das deutsche „Wirtschaftswunder“ hingewiesen worden, das sich trotz andauernder Krise und verschärfter Notlage der Arbeiterschaft in einer steigenden Ren-

Stabilität der deutschen Kapitalgesellschaften offenbart. Da es aber immer noch eine verhältnismäßig große Anzahl bedeutender Erwerbsgesellschaften gibt, die trotz nachweisbar günstiger Geschäftslage dividendenlos bleiben, erscheint es angebracht, den wahren Ursachen besagter Dividendenlosigkeit auf den Grund zu gehen.

Da stößt man zunächst auf die Tatsache, daß der aufgeblasene **Verwaltungsapparat** vieler Gesellschaften in keinem Verhältnis zu dem geschäftlichen Aktionsradius steht, das heißt, daß die zahlreichen Vorstände, Direktoren und Aufsichtsräte mit ihren Riesengehältern und Tantiemen am Markt der Kapitalgesellschaften zehren. Gegen diese Mißwirtschaft ist schon oft sowohl seitens der Gewerkschaften als auch von Seiten der sich um ihre Dividenden betrogen fühlenden Aktionäre schärfster Protest erhoben worden. Weiter hat die auf solche Art willkürlich hervorgerufene Dividendenlosigkeit zu eingehenden Untersuchungen über den Umfang und die Zusammensetzung der Verwaltungsorgane geführt. Selbst die bürgerliche öffentliche Meinung fühlte sich als Interessenvertreterin opponierender Aktionäre gelegentlich bemüht, auf die skandalöse Direktorenwirtschaft und Tantiemenpraxis aufmerksam zu machen. So haben beispielsweise die gewiß nicht arbeiterfreundlichen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vor einiger Zeit Untersuchungen angestellt, die sich auf zehn bekannte sächsische Industriegesellschaften erstrecken. Bei einer Gegenüberstellung der Zahl der Direktoren und Aufsichtsräte in der Vor- und Nachkriegszeit stellte sich heraus, daß die zehn Gesellschaften heute 30 Direktoren und 74 Aufsichtsratsmitglieder „beschäftigen“ gegenüber insgesamt 20 Direktoren und 50 Aufsichtsräten im Jahre 1913. Der Verwaltungsapparat dieser Gesellschaften ist also heute um etwa 50 Prozent größer als vor dem Krieg, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Fabrikationsbasis sich heute meist verringert hat. Bei einem sächsischen Bankinstitut, das heute nur mit einem Drittel seines Vorkriegskapitals arbeitet, ergibt sich sogar mehr als eine Verdopplung des Aufsichtsrats und eine um 50 Prozent vergrößerte Direktion. Nur bei einer einzigen der untersuchten Gesellschaften hat die Leitung noch die gleiche Anzahl Personen wie vor dem Krieg und es ist gewiß kein Zufall, daß sich gerade dieses Unternehmen heute gut rentiert und seinen Aktionären 12 Prozent Dividende zahlen konnte.

Es ist schon wiederholt von berufener Seite darauf hingewiesen worden, daß im besonderen die Einrichtung der **Aufsichtsräte** der Aktiengesellschaften sich allmählich zu einem Mißstand auswächst, der eine schleunige Abhilfe notwendig macht. Vor kurzem erklärte der badische Finanzminister in bezug auf die skandalöse Tantiemenwirtschaft der Aktiengesellschaften sehr treffend:

„In den meisten Fällen handelt es sich bei den den Aufsichtsräten gewährten Tantiemen nur um arbeitsloses Einkommen und Sinekuren, die vom Ertrag des Unternehmens abgehen und damit dem eigentlichen Geldgeber, dem Aktionär, entzogen werden. Dasselbe gilt von dem Direktorenunwesen der heutigen Wirtschaft.“

Heute ist allgemein Übung geworden, daß sich die Aufsichtsratskollegien neben den festen Vergütungen im Falle der Dividendenlosigkeit durch Festsetzung von Mindesttantiemen „angemessene“ Entschädigungen sichern. Nach einer von Kurt Heinig vorgenommenen Untersuchung haben im letzten Geschäftsjahr von 604 erfaßten Industrieunternehmen 286 keine Dividenden bezahlt. Dafür wurden aber insgesamt 10,4 Millionen Mark Tantiemen für

Aufsichtsratsmitglieder ausgeworfen. Ferner zeigt die Statistik folgendes Bild. Es hatten 604 Aktiengesellschaften:

	Aufsichtsräte	Direktoren
1913	3985	1329
1926	5587	1828

Es würde zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen. Die kurzen Hinweise mögen genügen, um darzutun, auf welche Art und in welche Kanäle die Dividende in Wirklichkeit verschwindet. Es ist bei der Übersteigerung der Verwaltungsapparate wirklich kein Wunder, wenn die Unternehmungen nicht in dem gewünschten Maße sich rentieren bzw. eine Verwässerung der Dividende eintritt. Die „hohen Löhne“ der Arbeiter sind wirklich nicht schuld daran.

Eine nähere Prüfung der Verhältnisse zeigt übrigens mit aller Deutlichkeit, daß nicht durch den Zwang der wirtschaftlichen Lage, sondern durch eine bestimmte Dividendenpolitik der Verwaltungen — zum Nachteil der Aktionäre — das Gewinnergebnis verschlechtert bzw. verschleiert wird. Dies trifft besonders bei sogen. Familiengründungen aus der Inflationszeit zu, in welcher an sich gesunde Unternehmungen mittlerer Größe in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden, die große Teile ihres Aktienkapitals unter dem Druck der schwindenden Kaufkraft an Außenstehende abgaben, deren Vorstand und Aufsichtsrat aber doch die Mehrheit in Händen behielten. Hier liegt der Beweggrund für nur geringe Dividendenausschüttung bei mehr oder minder verschleiertem gutem Ergebnis oft darin, daß man die kleinen Aktionäre so lange unzufrieden läßt, bis sie ihren Besitz an Aktien zu niedrigerem Kurs wieder abgegeben haben. Als Käufer kommen dann in der Regel nur Verwaltungskreise und diesen nahestehende Banken in Betracht. In steigendem Maße aber führt der Besitz der Mehrheit der Aktien in den Händen der Verwaltungen dazu, daß Verwandte und Freunde als Vorstandsmitglieder und Beamte angestellt werden mit Bezügen, die das Maß des Zulässigen weit übersteigen. Nicht selten haben Vorstandsmitglieder von Gesellschaften mit einem Grundkapital von etwa einer Million Mark garantierte Jahresbezüge von 25 000 bis 35 000 Mk.; dazu kommen bei Verteilung höherer Dividenden noch Ersatz aller Spesen, Wohnung, Auto usw. Dem Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit ist es oft unmöglich, Einsicht in die Anstellungsverträge der Direktoren zu bekommen, und um die unbequemen Arbeitervertreter im Aufsichtsrat auszuschalten, werden bekanntlich oft die Statuten dahin geändert, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrats die Anstellungsverträge mit den Direktoren abschließt. Die Aktionäre aber erfahren überhaupt nicht, welche Bezüge der Vorstand und die oberen Beamten des Unternehmens haben. Sie haben keine Möglichkeit der Kontrolle.

Wir haben eingangs darauf hingewiesen, daß trotz der chronischen Wirtschaftskrise sich die Rentabilitätskurve der Kapitalgesellschaften in aufsteigender Linie bewegt. Angesichts der immer wiederkehrenden Klagen und Duplizierungsversuche des Unternehmertums und dessen schwer zu durchschauenden Dividendenpolitik ist es notwendig, nochmals mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Dividendenlosigkeit vieler Gesellschaften nicht auf Ertraglosigkeit beruht. Weiter ist darauf zu verweisen, daß den vorhandenen amtlichen oder privaten Rentabilitätsberechnungen im allgemeinen kein großer Wert beizumessen ist. Zum Beweis dafür ein Beispiel.

Von privater Seite wurde kürzlich in der Presse eine statistische Aufstellung verbreitet, in der die Gewinnergebnisse und die Gewinnverteilung von 1675 Aktiengesellschaften aufgerechnet werden. Diese Gesellschaften verfügen über ein gesamtes Kapital von 11,215 Milliarden Mark und haben im Berichtsjahr einen Gewinn von 792 Millionen Mk. erzielt, während 195 Gesellschaften einen bilanzmäßigen Verlust von 107 Millionen Mark aufweisen. Demnach würde sich eine Rentabilität dieser Gesellschaften von 3,97 Prozent ergeben. Die in wirtschaftspolitischen Fragen vorzüglich unterrichtete Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ nimmt in ihrer Nr. 27 vom 8. Juli Gelegenheit, sich mit dem Statistiker auseinanderzusetzen. Davon ausgehend, daß die Zurückhaltung der Verwaltung in der Dividendenausüttung zum typischen Merkmal der Bilanzabschlüsse geworden ist, warnt das „M. d. W.“ vor übereilten Schlußfolgerungen. Wenn nach der Statistik 748 Gesellschaften mit 5,222 Milliarden Aktienkapital dividendenlos geblieben seien, so dürfe das keineswegs heißen, daß fast die Hälfte des gesamten Aktienkapitals ertraglos geworden sei. Wörtlich schreibt die Zeitschrift u. a.:

„Die bilanzkritischen Untersuchungen haben in zahlreichen Fällen ergeben, daß der tatsächlich erzielte Gewinn aus irgendwelchen Gründen überhaupt nicht oder nur teilweise ausgewiesen worden ist, daß große Teile desselben vorher schon zu stillen Reserven oder nicht einzeln erkenntlich gemachten Abschreibungen verwendet worden sind, oder daß erhebliche Gewinnanteile aus der Verwertung von Vorratsaktien oder aus Kursgewinn an veräußerten eigenen Wertpapieren usw. überhaupt nicht oder nicht in vollem Umfange in die Bilanz eingeseht worden sind. Auch auf die vielfach in unbegründet hohem Maße vom Reingewinn zehrende Abschreibungspolitik zahlreicher Verwaltungen kann in diesem Zusammenhang hingewiesen werden. Recht willkürlich und für den Außenstehenden nur schwer ersatzbar ist ferner häufig die Gewinnverrechnung bei Interessengemeinschaften und bei konzernmäßig verbundenen Gesellschaften. Aus allen diesen Gründen darf man, ohne sich leichtfertiger Übertreibung schuldig zu machen, sagen, daß der von den Gesellschaften bilanzmäßig ausgewiesene Reingewinn nur in einem Teil aller Fälle dem tatsächlich erzielten Gewinn entspricht. Derselbe dürfte im ganzen erheblich größer sein als der von der Statistik erfaßte Betrag.“

In der Tat entspringt die Dividendenlosigkeit, wie bemerkt, nur in den wenigsten Fällen dem Mangel an Geschäftsgewinn. Das Unterlassen der Dividendenzahlung erfolgt in der Regel aus ganz anderen Gründen. Es werden riesige Abschreibungen vorgenommen und außerdem die Gewinne als Betriebskapital zurückgehalten. Die Unternehmungen wollen ihre Varmittel behalten, um den teuren Bankkredit nur in geringem Maße in Anspruch nehmen zu müssen. Nebenbei können sie die Dividendenlosigkeit auch zu agitatorischen Zwecken verwenden, um bei den Arbeitnehmern den Anschein der Armut zu erwecken. Selbst rein privatwirtschaftlich gesehen ist übrigens diese Politik der Dividendenlosigkeit grundsätzl. sie wird schließlich das Gegenteil von dem bewirken, was beabsichtigt war. Sie kann leicht einen Sturz der Aktienkurse herbeiführen und das Vertrauen der anlagensuchenden Sparer wie auch der ausländischen Kreditgeber erschüttern.

Es offenbart sich immer wieder die innere Unwahrheit und Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems. Um der Arbeiterschaft den gerechten Anteil am Arbeitsertrag vorenthalten zu können, greift der Kapitalismus zu Mitteln, an denen er endlich selbst zugrunde gehen muß.

„Industrielle Menschenführung“

Heinz Hornung

Seit Jahrzehnten haben Professoren und Schriftsteller über die Veredelung des Kapitalismus theoretisiert, und einige altrenommierte Firmen haben ihre Werke dazu wohnlich eingerichtet (Wohlfahrtseinrichtungen bei Krupp-Essen und den Farbwerken Leberkußen, Geselligkeitseinrichtungen bei Senkel-Reisholz, Facharbeiterbildung und Beamtenkorpszüchtung bei der AEG-Berlin, Lehrlingsbildung bei der Hanomag-Hannover, Gewinnbeteiligung bei Zeiß-Jena usw.). In jüngster Zeit tauchen nun allorts Doktoringenieure, Obergeringieure, Generaldirektoren und Syndizis auf und verkünden einen neuen Kurs: „Ziel der Neuordnung ist höchster Kulturwert der Arbeit, einerseits größte Leistung (Erzeugung) bei geringstem Aufwand an Stoff und Kraft, andererseits größter Lebenswert für die Ausführenden“ (Dr.-Ing. Max Mayer). Das „Einerseits“ ist die Erstrebung der **Wirtschaftlichkeit der Betriebe** (nicht der Gesamtwirtschaft! S. S.); sie wurde schon im letzten Jahrzehnt intensiv betrieben durch raffinierteste Ausnutzung der einzelnen Arbeitskraft (Taylorsystem) und geschickteste Betriebsorganisierung der Arbeitskräfte (Fordsystem). Das „Anderseits“ soll **Menschlichkeit im Betriebe** bedeuten und war bisher lediglich das Stedenpferd einiger Fabrikherren. Heute wird das „menschliche Prinzip“ so auffällig betont, daß wir Arbeiter aufhören müssen. Die Kapitalisten und ihr Anhang arbeiten emsig an der Neuorganisierung ihrer Wirtschaft. Wollen sie doch mit ihrer „veredelten“ Wirtschaft der „Volksgemeinschaft“ besser dienen. Das ist ihre Ideologie, die sich praktisch dahin auswirkt, daß mittels der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ ihre Wirtschaft konserviert wird. Die Absicht der Kapitalisten ist, **die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe durch „Menschlichkeit“ im Betriebe sicherzustellen und zu fördern**. Nämlich das Mittel zur Steigerung des Wirkungsgrades der Arbeiterkräfte soll kein bloß mechanisches, es soll ein „seelisches“ sein, das den „ganzen Arbeiter“ erfasst. Denn die Kapitalisten möchten nicht nur ihre Maschinen, sondern auch ihre Arbeitskräfte ganz in der Hand haben. Sie wollen direkt und eigenhändig mittels der „**Seelenleitung**“ zu einer „**industriellen Menschenführung**“ gelangen, die ihnen die Herrschaft im Betriebe vollkommen sichert. Bisher überließen die Kapitalisten die „Seelenleitung“ der Arbeiter ihren Klassengenossen im öffentlichen Staats- und Gesellschaftsleben (Beamten, Lehrern, Ministern, Zeitungsredakteuren, Romanschreibern, Kinoregisseuren, Priestern, Dichtern, Professoren, Kriegervereinsleitern usw.). Wenn sie jetzt zur Schaffung einer **industriellen Feudalität** schreiten, so sichern sie sich ein für allemal gegen störende Eingriffe in ihre Wirtschaft seitens sozialistischer Organisationen und Vertretungen des öffentlichen „demokratischen“ Staats- und Gesellschaftslebens. Darüber, wie sie die Verfügung über die Arbeiterseelen erlangen, haben sie in letzter Zeit viel nachgegrübelt, experimentiert und geschrieben. Wir greifen einige von diesen Arbeiten heraus.

1. Da bemüht sich der Doktoringenieur Max Mayer in seiner „**Betriebswissenschaft**“ (für Bauingenieure, Verlag Julius Springer, Berlin, 1926) „auf einwandfreier wissenschaftlicher Weise“, um die Arbeiter und Angestellten zu schaffen, „wie man sie künftig als **Betriebsglieder** haben will“. Dazu dienen **W. die Wissenschaft der Menschenkenntnis und**

die Kunst der Menschenbehandlung. Beide baut er aus den neuesten Errungenschaften der Wissenschaften zusammen, so aus der Soziologie Müllers-Diers, der Psychoanalyse Siegmund Freuds, der Anthropologie, der Individual-, Gruppen- und Massenpsychologie, der Psychotechnik, der Eugenik und dem aristokratischen „Sozialismus“ von Kurt Hiller. Nachdem M. weiß, „wie der Mensch innerlich arbeitet“, läßt er ihn durch „Einzelbehandlung“ und „Führung der Massen auf eine höhere Stufe“ nicht mehr streifen (Streifen ist für ihn „ein plötzliches Zurücklassen in der Arbeitsfront“ und „ein Geschwür“), sondern in der „Arbeitsgemeinschaft“ und Lebensgemeinschaft“ der „Betriebsgemeinschaft“ mitarbeiten. Die dazu nötige „innere Einpassung in die Betriebsgemeinschaft“ erreicht M. durch ein System aus „kameradschaftlicher Arbeitsvertretung“, „amtändiger Behandlung und Würdigung als Mitarbeiter“, „sportlichem Mannesstolz“ und „freudigem Berufsstolz“, „Bezahlung nach Leistung“, „geistiger Zufriedenheit“ und einer Anzahl von sonstigen „Lebenswerten“ und aus „anständigen Arbeiterfamilien“. Gleichzeitig gelingt ihm dabei eine „Vereinigung der verschiedenen Klassen im einzelnen“ und „die Überwindung des Sozialismus“. Mayer hat richtig erkannt: „Wie unter den heutigen Verhältnissen der Arbeiter in ein sachlich richtiges, würdiges und befriedigendes Verhältnis zu seiner Arbeit zu bringen ist, das ist der Kern aller sozialen Schwierigkeiten, ist wichtiger als alle Außerlichkeiten der Arbeitszeit, der Arbeitervertretung, ist wichtiger sogar als die Höhe des Lohnes und der Lebenshaltung“ — für die Kapitalisten!

2. Drei Jahre vor dem Erscheinen von Dr. Mayers Buch hatte bereits schon ein angehender Syndikus namens Josef Wünsch in einem Buch „Praktische Werkspolitik“ (Verlag Spaeth & Linde, Berlin, 1923) eine systematische „Darstellung einer planmäßigen Arbeitspolitik im modernen Fabrikbetriebe“ vom Standpunkt der Unternehmer aus versucht. Nach der Aufzählung der betriebswirtschaftlichen Beweggründe für die „Kalkulation des Arbeitsmenschen“ geht W. auf die soziologische Lage der Betriebe ein (Charakter und Lage des Betriebes, Charakter der Arbeiterbevölkerung), um danach eine systematische „Werkspolitik“ aufzuzeigen. Diese soll tunlichst von einem „Sozialdirektor“ geschmitten werden, und zwar mittels eines wohlüberdachten Systems privater Einrichtungen, und zwar durch Arbeits- und Wohlfahrts-Einrichtungen. Diese „praktischen Lebensformen der Werksgemeinschaft“ sollen den Arbeitern die nötige „geistige Haltung“, also die „Werksgemeinschafts“-Bewußtsein beibringen. Denn auch Wünsch gibt zu: „Die Werksgemeinschaft ist natürlich im Grunde eine Sache des Bewußtsein“ und sie bedeute in der Praxis nichts anderes „als die zeitgemäße soziale Form reibungsloser Wirtschafts- und Betriebsführung“ — der Kapitalisten!

3. Die Praxis der kapitalistischen „industriellen Menschenführung“ hat bewußt und planmäßig der Generaldirektor Dr. Bögler beschritten. Dessen Obergeringenieur Karl Arnhold hat bei der Abteilung Schalle der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. ein wohlausgebautes System sozialer Einrichtungen geschaffen, das den Arbeiter „an Werk und Arbeit“ binden und „den deutschen Arbeiter mit dem deutschen Unternehmer zusammenbringen“ soll. Arnhold beginnt sein Erziehungswerk dort, „wo der wenigste Widerstand vorhanden ist, bei der Werkjugend“; und es ist ihm (nach Dr. Paul Osthold, „Der Kampf um die Seele unseres Arbeiters“, Industrie-Verlag Düsseldorf, 1925) trefflich geglückt, „alle körperlichen, seelischen und geistigen Wachstumstribe in dieser Jugend in stetiger fruchtbarer Entwicklung zu halten“. Die Lehrlinge werden zwei Jahre in einer Lehrwerkstätte zum guten Spezialisten herangebildet, womit die theoretische Ausbildung auf der Werksschule einhergeht. Als Hauptmittel zur Gestaltung und Beeinflussung der Lehrlinge dient ein „außerordentliches Gemeinschaftsleben“. „Arnhold läßt seine Jungen spielen, Sport treiben, turnen und wandern, gibt ihnen Gelegenheit, Radio zu hören, Radioanlagen zu bauen, er erteilt ihnen Vorkurse und unterweist sie in der Baukunst von Gerüsten, läßt sie musizieren, Theater spielen, Ausstellungen und Vorträge besuchen“; und Osthold erklärt dazu ausdrücklich: „Der Lehrlingsturn- und Spielverein gehört der Deutschen Turnerschaft an, damit ist der Anschluß an eine große nationale Form sportlicher und harter Betätigung für unsere hierauf so erpichte Werkjugend vollzogen.“ — Arnhold hat weiterhin versucht „die Einordnung des erwachsenen Arbeiters in dieses System der Schaffung neuer innerer Bindungen an Werk und Arbeit“. Er läßt durch Elternabende und Sektunterscheiden die Väter teilnehmen am Erziehungswerk der Jugend. Durch die „Werkzeitung“, die als „Gemeinschaftsorgan“ sowohl von dem vollen Vertrauen der Arbeitnehmer als auch dem der Werkleitung getragen sein soll, bringt A. den Arbeitern „technisches und wirtschaftliches Denken“, „Gemiatliebe“ und „Familiennähe“ bei.

Die berühmte „Zentrale für Heimatdienst“ soll diese Arbeit unterstützen. Ja, Arnhold zieht noch die ganze Familie mit in den Kreis und in die Lehre von diesen Dingen. Die Arbeitsfrau bekommt in der Werkzeitung einen „besonderen Raum für ihre Angelegenheiten“. Es werden für sie Kindergärten eingerichtet, ferner Mütterberatungen „seitens des Vaterländischen Frauenvereins“. Die Arbeitereltern werden in einer „Hausfrauenschule“ im Wirtschaften, Bügeln und Selbunghen unterrichtet. Die Werkinvaliden und Arbeitsveteranen kommen in besondere Heime, die sich durch Werkstätten wirtschaftlich selbst erhalten. — Durch dieses großzügige System der „Werkjugendpflege“ und der „Werkwohlfahrtspflege“ will Arnhold seine „Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskraft“ erreichen: „Eine qualifizierte Arbeiterkraft anständiger Gesinnung zu tüchtigen Kerlen auszubilden und sie überall in die Industrie bis in die Landwirtschaft hineinzuschleusen“ (so schreibt A. Heinrichsbauer über diese „neuen Wege praktischer Sozialpolitik“ in den „Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr“ vom 18. November 1925). Ziel dieses pädagogischen Wirkens der Kapitalisten ist: „Der neue deutsche Arbeiter, der im gegenwärtigen Wirtschaftssystem Verdrängung und Verdrückung findet und schafft.“

4. Diese sozialen Einrichtungen zur Erziehung „anständiger Arbeiter“ der Abteilung Schalle der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. werden in Schaubildern auf der zurzeit stattfindenden Düsseldorfer Ausstellung für Gesundheitspflege, Sozialfürsorge und Leibesübungen („Gesolei“) gezeigt, und zwar unter dem Schilde: „Industrielle Menschenführung, das Arbeitsgebiet des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung.“ Dieses Institut („Dinta“) wurde am 6. Oktober 1925 zu Düsseldorf durch die Initiative des Generaldirektors Dr. Bögler gegründet und bei der Eröffnung am 29. Mai 1926 (wobei unter anderem die Professoren Oswald Spengler und Ernst Horneffer Ansprachen hielten) in die leitenden Hände des Oberingenieurs Arnhold gelegt. Es hat in erster Linie die Aufgabe, geeignete Persönlichkeiten zu suchen, Führernaturen, sie pädagogisch und fachlich für die Erziehungsarbeit an der werkstätigen Jugend unseres Volkes und für die selbständige, schöpferische Mitarbeit innerhalb des großen Systems der Menschenwirtschaft zu schulen. „Im Dinta“ sollen in erster Linie in Verbindung mit der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, der Kölner staatlichen Ausbildungsstätte für Gewerbelehrer, einer Anzahl weiterer wissenschaftlicher Institute und der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. in Theorie und Praxis die Methoden und Impulse vermittelt werden, von denen alle Beteiligten hoffen, daß sie zu einer Entgiftung der Atmosphäre zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beitragen werden“ („Düsseldorfer Nachrichten“ am 18. Oktober 1925). „Die Gründer denken sich dieses Institut als den Mittelpunkt eines großen, über das ganze Reichsgebiet gelegten Systems, das an wichtigen Industriezentren des Reiches durch ausgebildete Ingenieure, sog. „Organisations“-Ingenieure, vertreten wird. Die Organisationsingenieure haben bestimmte Bezirke, die sie mit den Gedanken und Einrichtungen der Menschenwirtschaft im Sinne unserer Ausführungen zu durchsetzen haben,“ meint Dr. Osthold noch dazu.

Man sieht, zu welsch einer systematischen, weitsichtigen „Bewirtschaftung des primären Wirtschaftsfaktors Mensch“ die modernen Kapitalisten einsetzen. Diese „Höherorganisierung“ des Kapitalismus geht unter der Devise „Menschlichkeit im Betrieb“, weil diese „Menschlichkeit“ die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und den Bestand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sichern soll. Die Kapitalisten führen heute direkt und eigenhändig „den Kampf um die Seele unseres Arbeiters“. Sie wollen mit politisch-pädagogischen Mitteln ihre Klassenherrschaft auch eigenhändig festigen. Schleunigste Aufgabe der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft ist es, die „Menschheits“-Pädagogik der Kapitalisten als „werkspolitische Einseitigkeitsversuche“ an der Arbeiterschaft und als Versuche ihrer dauernden und vermehrten Ausbeutung und Verflämung zu entlarven und durch Gegenmaßnahmen unwirksam zu machen! Darüber hinaus gilt es, durch die umwälzende Praxis der Arbeiterorganisationen der „Höherentwicklung“ des Kapitalismus Einhalt zu gebieten mittels Inangriffnahme der sozialistischen Umorganisation der Wirtschaft.